

POLITICUM

SoSe 2025



**VERBUNDENHEIT
& SPALTUNG**

LIEBE KOMMILITON:INNEN,

Der Begriff „Spaltung“ ist euch wahrscheinlich in letzter Zeit häufiger begegnet – sei es in Lektüren zur gesellschaftlichen Fragmentierung oder in medialen Debatten rund um Wahlergebnisse. Weniger präsent ist dagegen der Begriff der Verbundenheit. Deshalb möchten wir mit beiden Perspektiven einen Blick auf die Fachschaftsarbeit der vergangenen Monate werfen.

Ein besonders eindrücklicher Moment der Verbundenheit zeigte sich rund um die (nun doch kommende) Institutsteilung. Auch eine Spaltung eurer #Lieblingsfachschaft stand zur Diskussion – und wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. In Georg Simmels Worten zum Ende des Streits:

„In dem Miteinander der Menschen verschlingt sich untrennbar das Füreinander mit dem Gegeneinander [...] Der Friede ist von dem Kampf gefärbt, den er beendet hat.“

In diesem Sinne stehen auch die neuen Referate für die zukünftigen Institute weiter unter dem Zeichen der Verbundenheit – eine Verbundenheit, die ohne die drohende Spaltung vielleicht gar nicht so sichtbar geworden wäre.

Doch auch gemeinsam verbrachte Zeit stiftet Gemeinschaft. Umso mehr freut es uns, viele neue Gesichter bei unseren wöchentlichen Sitzungen begrüßen zu dürfen – und ein ganzes Wochenende gemeinsam Fachschaft zu

(er)leben! Ob Abenteuer im Nahverkehr, halsbrecherische Wanderetappen oder nächtliche Diskussionen: Für solche Momente der Gemeinschaft überschreiten wir gerne individuelle Müdigkeitsgrenzen.

Resonanz entsteht, wenn Menschen sich in gemeinsamen Erfahrungen wechselseitig berühren.

Gemeinsam tanzen (N8schicht-Party), rätseln (FS-Kneipenquiz) oder verzweifeln (Lange Nacht der Hausarbeiten) – all das hat uns verbunden. Eine vollständige Liste würde den Rahmen sprengen – deshalb: Danke an alle Beteiligten, besonders an das Veranstaltungsreferat.

Für Infos zu kommenden Events schaut gerne auf unserem Instagram-Profil vorbei: @fssozpol. Ohne zu viel zu verraten: Es ist einiges geplant – auch wieder mit Musik, an der sich die

Geister spalten.

Gemeinschaft entsteht nicht (nur) aus Gleichheit, sondern aus gemeinsamem Tun.

Wer also Lust auf mehr Verbundenheit an der Uni hat – oder sie selbst mitgestalten möchte – ist herzlich eingeladen: immer mittwochs, 20:15 Uhr, großer Übungsraum, Lennéstraße 27.



Anna & Corvin

Vorsitz der Fachschaft Soziologie & Politik
Universität Bonn





VERBUNDENHEIT UND SPALTUNG

SPALTUNG	4
Die Ballade der starken Hand Jonas Baumann	4
Digitales Dämmerland Rebecca Größ-Ahr	6
Aus die Maus?! Anna Doyen	10
Denken in Welten Karsten Römling	12
Politik um jeden Preis? Emma Mrowka	16
Viraler Klassenkampf und ein Schock für das System? Lena Zimmermann	18
Aufbruch der Institute Corvin Nagel	22
IM FOKUS: Burschenschaften und ihre Verbindungen in das rechte Milieu Olivia Bodensiek & Lucie Krauß	24
VERBUNDENHEIT	28
Respekt fürs Wir Jonas Baumann	28
Bürgerräte und Volksabstimmungen Elisa Madelung	30
Und wir mittendrin Raphaela Schmid	34
Karriere in der Diplomatie Daniel Cautnic	38
Darum solltet ihr nicht aufhören, mit euren Familien über Politik zu sprechen Arne Seyffert	42
Die Ambivalenz zwischen Faszination und Überforderung Rebecca Größ-Ahr	44
Wer bin ich – und auf welcher Seite? Azar Kasimjanov	48
IM FOKUS: Satelliten, Raketen und der Wettlauf zum Mond Leander Sachs	52
KULTUR	56
Der Preis der Freiheit – Rezension zu „Monique bricht aus“ Niklas Schweitzer	57
Rezension: The Apprentice (2024) Maximilian Köhler	60
IN EIGENER SACHE	62
IMPRESSUM	63

SPALTUNG

Die Ballade der starken Hand – Jonas Baumann

Der Mensch ist gern mal überfragt, wohin er soll tendieren,
Auge, Herz oder Verstand, welch' Qualität soll ihn regieren.
Das Auge spricht von Umsicht, für sich und für die Welt,
dem Weitblick, zu erspähen, wohin die Zeit uns trägt.
Der Verstand hält klar dagegen: „All das Messen, Suchen, Sehen
was nützt es, ohne zu verstehen?
Der Schein kann trügen, das Herz kann fehlen, nur Sachlichkeit, sie bleibt bestehen.“
Dem Herz läuft all dies arg zuwider:
„All das Streiten, der Kampf und Wettbewerb,
bringt doch nur Spannung in die Glieder, wo liegt dort ein wahrer Wert?“

So wie aufs Stichwort reckt sie sich, voll Kraft und doch galant,
voll Überzeugung, mit geschwelltem Rücken, spricht die Starke Hand:
„Teile dieses Körpers, vereinigt euch! Allesamt werdet ihr betrogen!
Das Herz ist kalt, das Auge blind, der Verstand hat euch belogen!
Zu lange hat euch, Nase und Ohr, das Sehen unterdrückt;
zu lange hast du dich, Zunge, für den Verstand gebückt.
Das Herz wollte auf dir getragen sein, doch hat es dich verraten,
jeder seiner Verfehlungen musstest du Rechnung tragen.
Ihr Narren seht nur, wie sie streiten, fern zu entscheiden,
was hier mangelt, ist durchzugreifen!“

Im Körper rumort es unversehens, die Hand von Unsicherheit gepackt,
doch Rückzug ist keine Option, es folgt der zweite Akt:
„Seid nicht dumm, jeder kann's sehen,
ihre Heuchelei und Gier! Sie wollen euch ausnutzen und betrügen;
sie wollen den Körper okkupieren!
Lasst euch nichts von Verzicht erzählen, trinkt und frisst und raucht!
Der wahre Feind sitzt anderwärts,
lebt, wie eure Durchlaucht.
Verborgен zehrt er, dieser Pilz,
wer unser aller Untergang schafft,
ja, das ist die Milz!“

So harsch der Klang, doch süß die Legitimation,
der Körper ganz im Müßiggang, die Milz bedacht mit Hass und Hohn.
Die Kiefer kauen, die Lungen qualmen,
die Leber läuft auf hohen Touren.
Auch die Hand ist voll zufrieden und -
schon lange zwang man sie nicht mehr zu Beete -
genießt ihrer Schwester Pflege.
Nur im stillen Kämmerlein hört man leis die Nieren weinen.

Der Blutdruck steigt, die Stimmung sinkt, die Glieder sind schlaff und müde,
Die verantwortliche Hand in Furcht, erwartet schon die Rüge.
Doch der Körper, nicht interessiert am Casus,
folgt weiter treudoof seinem Malus.
Wie kriegt man nun neue Energie?
Die Hand, sie rät: Splenektomie!

Aber die Operation verläuft nicht ganz nach Plan,
bald fängt das Blut zu kochen an.
Der Atem flach, das Herz im Rasen, der Verstand so ganz benebelt.
Die Hand, nun ganz geläutert, erhofft beinahe den Knebel.
Doch Verantwortung fühlt sie nicht viel,
gar zu leicht war doch ihr Spiel:

„So blind seid ihr mir all gefolgt, all, sogar die Augen. Zu gut ließen sich selbst die
Lippen zur Unmündigkeit taugen.
Das ist nun der Lohn für eure falsche Skepsis,
das Vertrauen nahm ich euch und gab dafür die Sepsis.
Wer Zwietracht in den Gliedern sät, der kann und soll nicht führen.
Was kann ich schon fassen, ohne Hilfe? Nur was selbst mich trifft, bin ich im Stand zu fühlen.
Und freilich bin ich nicht allein, ist nicht ein jeder hier nur Teil?

Was wären wir ohne Arm und Bein, unfähig zu wandeln;
was ist die bloße Sehkraft wert, verdammt niemals zu handeln?“
Was wäre denn reine Vernunft getrennt von aller Welt;
was zählt ein bloßer Herzenswunsch, dem jedes Kalkül fehlt?

Investigativ
Digitales Dämmerland

Essay
Denken in Welten

Essay
**Viraler Klassenkampf und
ein Schock für das System?**

Essay
Aus die Maus?!

Collage
Politik um jeden Preis?

Kommentar
Aufbruch der Institute



DIGITALES DÄMMERLAND

REBECCA GRÖß-AHR

Wer früher in seiner Schule oder Kleinstadt keinen Anschluss fand, musste sich mit seiner Außenseiterrolle abfinden – heute jedoch gibt es für jede noch so spezielle Weltsicht eine digitale Wiege. Denn wer sich in der analogen Welt fehl am Platz fühlt, kann sich heute in digitalen Echokammern verschanzen, wo jede absurde Ideologie eine Heimat findet. Während lange nur über radikale Telegram-Gruppen berichtet wurde, die sich offen zu Verschwörungen oder Extremismus bekennen, gibt es daneben eine Vielzahl von Nischen-Communities, die mindestens genauso bizarr sind. Ich habe mich in einige dieser Chats gewagt – und kam mit einem erschrockenen Blick auf digitale Subkulturen zurück.

#northkorealovers

Durch einen dubiosen TikTok-Account stieß ich auf einen Kanal, der mir nach einem kurzen Aufnahme-Chat einen Link zu einer Instagram-Gruppe zur Verfügung stellte. Dort fand ich mich inmitten junger Menschen aus aller Welt wieder, vereint in ihrer bedingungslosen Bewunderung für Nordkorea. Die von dem Host persönlich selektierten Mitglieder mussten strengen Regeln folgen: Nordkorea und dessen Führung verehren und sich klar gegen Kapitalismus, die USA und Israel positionieren. Auf meine Nachfrage, was Israel mit Nordkorea zu tun habe, wurde erklärt: All diese Dinge seien synonym zu verstehen – als Feinde Nordkoreas.



Diese Regeln schienen bereits die große Vision vieler Gruppenmitglieder einzuleiten: eine Reise oder sogar ein Leben in Nordkorea. Junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren diskutierten leidenschaftlich darüber, welche der wenigen staatlich genehmigten Frisuren ihnen am besten stehen würde, und teilten Kontakte zu Personen, die es geschafft hatten, eines der raren Touristenvisa zu ergattern. Eine dänische Nutzerin, die nach eigenen Angaben kürzlich in Pjöngjang war, teilte selbstgedrehte Videos von leeren Straßen, die mit bunten Essensständen geschmückt und von scheinbar glücklichen Menschen bevölkert waren. Dass diese Szenen stark inszeniert waren, stieß dabei auf keinerlei Bedenken. In der Gruppe galt Nordkorea als das einzige Land, das dem Kapitalismus erfolgreich entsagt und sich den USA und all ihren „Töchterländern“ widersetzt habe. Deutschland wurde nach den USA und Israel als das drittverhassteste Land betrachtet.

Die Mitglieder teilten sowohl selbstgedrehte als auch offizielle Propaganda-Videos, schwärmten von nordkoreanischen Vorbildern und stellten sich die Frage, wann endlich mehr Menschen einwandern dürften. Im Privatchat versicherte mir die dänische Userin, dass Nordkorea das einzige wahre Land sei und alle negativen Berichte westliche Propaganda. Selbst die Gefängnisse seien angeblich luxuriös, mit hervorragenden Freizeitmöglichkeiten, und die Menschen seien durchweg glücklich. Sie behauptete außerdem, dass Nordkorea bald mehr Tourist:innen zulassen werde, derzeit sei der Zutritt jedoch noch stark reguliert. Ihr Besuch dort sei so besonders gewesen, dass sie nicht einmal ihre Kinder hätte mitbringen dürfen.

In der Gruppe waren angeblich alle Fragen erlaubt – mit einer Ausnahme. Homosexualität durfte nicht thematisiert werden. Dies gehörte zu den „10 goldenen Gruppenregeln“, die penibel eingehalten werden mussten, um einen der restriktivsten Staaten der Gegenwart nicht zu beschämen. Möglicherweise war genau das der Grund, warum ich nach wenigen Wochen aus der Gruppe entfernt wurde.



MySpace für Reptiloidjäger

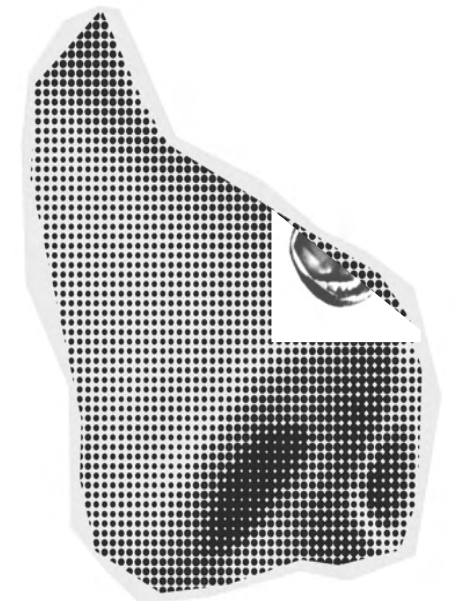


Beim Durchstöbern einer Telegram-Gruppe, in der Verschwörungstheoretiker:innen ihre Ansichten teilen, stieß ich vor einer Weile auf eine besonders bizarre Plattform: den „Schwurbeltreff“. Diese Webseite bezeichnet sich selbst als einen Treffpunkt für „kritische Menschen“, die sich von ihrem Umfeld missverstanden fühlen, weil es ihre „offenen Augen“ nicht akzeptiert. In Wirklichkeit handelt es sich um einen digitalen Treffpunkt für Menschen, die an reptilienartige Außerirdische glauben, welche die Weltpolitik steuern und, die Theorie vertreten, dass Bill Gates das Wetter kontrolliere und Impfungen uns magnetisch machen würden. Um tiefer in diese Szene einzutauchen, wurde ein Profil angelegt. Bereits bei der Registrierung musste ausgewählt werden, welche Verschwörungstheorien von Interesse sind – zur Auswahl standen unter anderem 5G, Chemtrails, Flacherde oder die New World Order und alles weitere, was das Verschwörerherz begehrt. In den Foren tauschten sich Mitglieder aus, etwa darüber, wie die Die Partei Bündnis 90/Die Grünen von Oligarch:innen, Antideutschen und Reptiloiden infiltriert seien. Ein sogenannter „Account Captain Future“ bot dazu Ratgeber an, wie sich bei der Bundestagswahl entschieden werde solle – mit der Empfehlung, dass nur die AfD eine wahrhaftig demokratische Partei sei. Betreiber Michael Bründel, alias „Captain Future“, ist gut vernetzt in der verschwörungsideologischen Szene.



Die Seite wurde Anfang 2023 ins Leben gerufen und wuchs rasant. Bereits nach drei Wochen zählte sie 1.500 Mitglieder. Bis 2024 stieg die Zahl weiter – viele suchten hier weniger nach romantischen Beziehungen, sondern vor allem nach Austausch, Bestätigung und einer Gemeinschaft Gleichgesinnter. Der Erfolg der Seite scheint eng mit Bründels Bekanntheit und seinen gut gepflegten Netzwerken innerhalb der Szene verknüpft zu sein.

Der Austausch in den Chats verlief stets im Kreis. Kaum eine Erzählung unterschied sich von der anderen, alle stützten sich auf dieselben abwegigen Behauptungen. Jede Nachfrage nach Quellen, die diese Theorien untermauern könnten, führte zu einem weiteren Link – nicht zu einer seriösen wissenschaftlichen Studie, sondern zu einer anderen Telegram-Gruppe, in der sich „Eingeweihte“ noch tiefer in ihrer Weltanschauung verstrickten. Mein Profil wurde schnell zum Magneten für bizarre Kontaktanfragen – viele schienen weniger an echten Diskussionen interessiert als an Bestätigung für ihre eigenen Vorstellungen, während sich hinter den Nachrichten oft der Versuch verbarg, in dieser verworrenen Welt sexuelle Bekanntschaften zu knüpfen. Doch hinter dieser Maskerade aus verquerem Gedankengut verbargen sich häufig eine tiefe Entfremdung und ein Bedürfnis nach sozialer Zugehörigkeit, das durch den Austausch in diesen Foren zu einem ständigen, wenn auch oft schädlichen, Streben nach Anerkennung geführt wurde. Und am Ende waren es dann doch meist Männer, die mich in diese Spiral-Diskussionen verwickelten, um mir eventuell ein Treffen zu entlocken.



Radikalisierung in Echtzeit

Für einen anderen Artikel hatte ich mich durch Netzwerke von Neonazis und rechten Verschwörungsideolog:innen gewühlt, war auf die etlichen Kanäle der „Freien Sachsen“ gestoßen – der rechtsextremen Bewegung, die sich als Stimme „wahrer Patrioten“ inszeniert und über Telegram massiv Propaganda verbreitet. Hier wurde ich mit einer Flut an Gruppeneinladungen konfrontiert: Broadcast-Chats mit bis zu 20.000 Mitgliedern, in denen Desinformation, Hetze und Mobilisierungsaufrufe im Sekundentakt durch die Timeline rauschten – aber auch kleinere, konspirativere Gruppen mit weniger als 100 Personen, in denen sich die Szene untereinander organisierte.

Über diese Strukturen landete ich schließlich in einem besonders heißen Raum: dem Chat der „Jungen Nationalisten“, der Jugendorganisation der rechtsextremen Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD). Was hier ablief, ging weit über bloße Ideologieverbreitung hinaus. Die Mitglieder nutzten die Gruppe gezielt zur Mobilisierung: Es wurden Anreisepäne für Demonstrationen geteilt, Dresscodes für einen einheitlichen öffentlichen Auftritt besprochen und Kontakte vermittelt. Wer sich in der Gruppe vorstellte, wurde schnell in ein Netzwerk aufgenommen, das weit über die digitale Welt hinausreichte.

Hier beobachtete ich in Echtzeit die Entstehung der „Heimatjugend Rheinland“, eines regionalen Junge Nationalisten-Ablegers in Köln. Ich konnte live miterleben, wie sich die Gruppe formierte: Mitglieder tauschten sich über Gegenproteste aus, diskutierten Strategien gegen politische Gegner:innen und verabredeten sich zu ersten Treffen. Was als informeller Chat begann, entwickelte sich binnen weniger Wochen zu einer realen Struktur mit klaren Feindbildern und konkreten Aktionsplänen. Zuletzt zum Hängen von Bannern mit dem Schriftzug „Remigration Jetzt“ oder dem gruppenübergreifenden Teilen von Fotos, Videos und Gesichtern der Antifaschist:innen die sich der braunen Meute in Dresden, Aachen und München entgegenstellte.

Was für mich zunächst eine bizarre Recherche und eine absurde Form der digitalen Feldforschung war, ist für viele Teil der Biografie. Der Einstieg ist oft unscheinbar: eEin Video, eine Frage in einem Forum, ein Link – dann noch einer. Was zunächst harmlos wirkt, entwickelt eine eigene Dynamik. Plötzlich geht es nicht mehr nur um die abstrusen Theorien von „Captain Future“ zur AfD, sondern um reale Treffen mit Gleichgesinnten. Die Gespräche am Stammtisch verstärken, was zuvor

in Chatgruppen nur angedeutet wurde – Überzeugungen verfestigen sich, Zweifel schwinden, und aus digitalen Echokammern werden ideologische Bollwerke. Je tiefer die Foren führen, desto tiefer wird auch die eigene Verstrickung – und aus einer digitalen Echokammer entsteht schließlich eine ideologische Bastion.

Im Internet normalisieren sich rechtsextreme Inhalte und Verschwörungstheorien. Das Internet ist ein Biotop für absurde Subkulturen. Manche sind bloße Kuriositäten, belustigende Randerscheinungen, die mehr Unterhaltung bieten als ernstzunehmende Gefahr. Doch andere, weit weniger willkürlich organisiert, fungieren als Brutstätten der Radikalisierung. Der Reptiloiden-Fan, der seinen Telegram-Link verschickt, wirkt vielleicht harmlos – doch der algorithmische und soziale Sog solcher Netzwerke zieht Nutzer:innen mit erschreckender Konsequenz in immer radikalere Kreise. Was als schräge Verschwörungsnische beginnt, wird zur Schleuse in eine Welt, die gezielt junge Menschen rekrutiert.



Denn was im Netz beginnt, bleibt selten dort. Hier entstehen Strukturen, die sich in der realen Welt manifestieren: durch Demonstrationen, Übergriffe auf Andersdenkende oder eine schleichende gesellschaftliche Verschiebung nach rechts. Die eigentliche Gefahr liegt nicht nur in den extremen Inhalten, sondern in ihrer perfiden Normalisierung – und in der erschreckenden Leichtigkeit, mit der hingezogen werden kann. Denn der erste Klick mag zufällig sein. Der letzte ist es nie.



AUS DIE MAUS?!

ANNA DOYEN

Eine Maus ging um in Deutschland – Die Botschafterin der Öffentlich-Rechtlichen. In einer Aktion von Campact wurde das WDR-Maskottchen aus der Sendung mit der Maus ‚entführt‘; eine Woche vor der Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober 2024, bei der die Reform des ÖRR auf der Agenda stand. In mehreren Städten setzte sie sich für die Aufgabe des ÖRR, die Vermittlung von Lach- und Sachgeschichten – Information, Bildung und Unterhaltung – ein und machte auf mögliche Kürzungen aufmerksam.

Reformen im ÖRR sind wichtig, um möglichst effizient zu arbeiten, um zeitgemäß auch digitale Räume zu bespielen und so allen Zähler:in-

nen etwas bieten zu können. Ob der Rotstift zu reformieren vermag oder lediglich zu einer Dürre im Fernsehgarten führt, wird sich zeigen müssen. Nach Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz sollen etwa ein Viertel der Hörfunkwellen und mehrere Spartensender gestrichen werden; die Schaffung einer europäischen Kulturplattform, unter der sich 3sat und ARTE vereinigen könnten, wurde angedacht; die Ausgaben für Sportrechte wurde auf 5% gedeckelt; und begrenzt werden soll auch der textbasierte Informationsfluss. All das mit dem Ziel, den Rundfunk „digitaler, schlanker und moderner“ zu gestalten. Die Drastik der Beschlüsse ist auch auf einen Unwillen der Sendeanstalten zur

eigenständigen Reform zurückzuführen. So hätten keine Streichungen beschlossen werden müssen, hätten die Anstalten eigenständig 1, 2 oder 3 Sender gestrichen – doch irgendwann ist die letzte Chance vorbei. Auch Strukturen anzutasten, ist nicht gelungen. Kai Gniffke, ehemaliger Vorsitzender der ARD, schlug Mantelprogramme für die Dritten vor, in welche sich regionale Anteile schalten könnten – umgesetzt wurde dies nicht. Der Fokus der Ministerpräsidentenkonferenz scheint auch weniger auf nachhaltigen Reformen gelegen zu haben, denn Strukturvorschläge des Zukunftsrats, der sich mit der Zukunftsfähigkeit des ÖRR auseinandersetzt, blieben unberührt.

Die Debatte um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt nicht aus der Luft. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Inhalte und die Bereitschaft zur Beitragszahlung sinken. Gerade Studis ohne Anspruch auf BAföG werden nachfühlen können, dass die monatliche Abgabe der Rundfunkgebühr im Portmonnaie schmerzt. Doch in Zeiten von Fake News, gezielter Propaganda, erstarkendem Populismus, den Algorithmen sozialer Medien und gesellschaftlicher Singularisierung, sind qualitativer, nicht-kommerzieller Journalismus und eine Kulturlandschaft, auf die jeder zugreifen kann, Bares wert, denn sie sind etwas Rares.

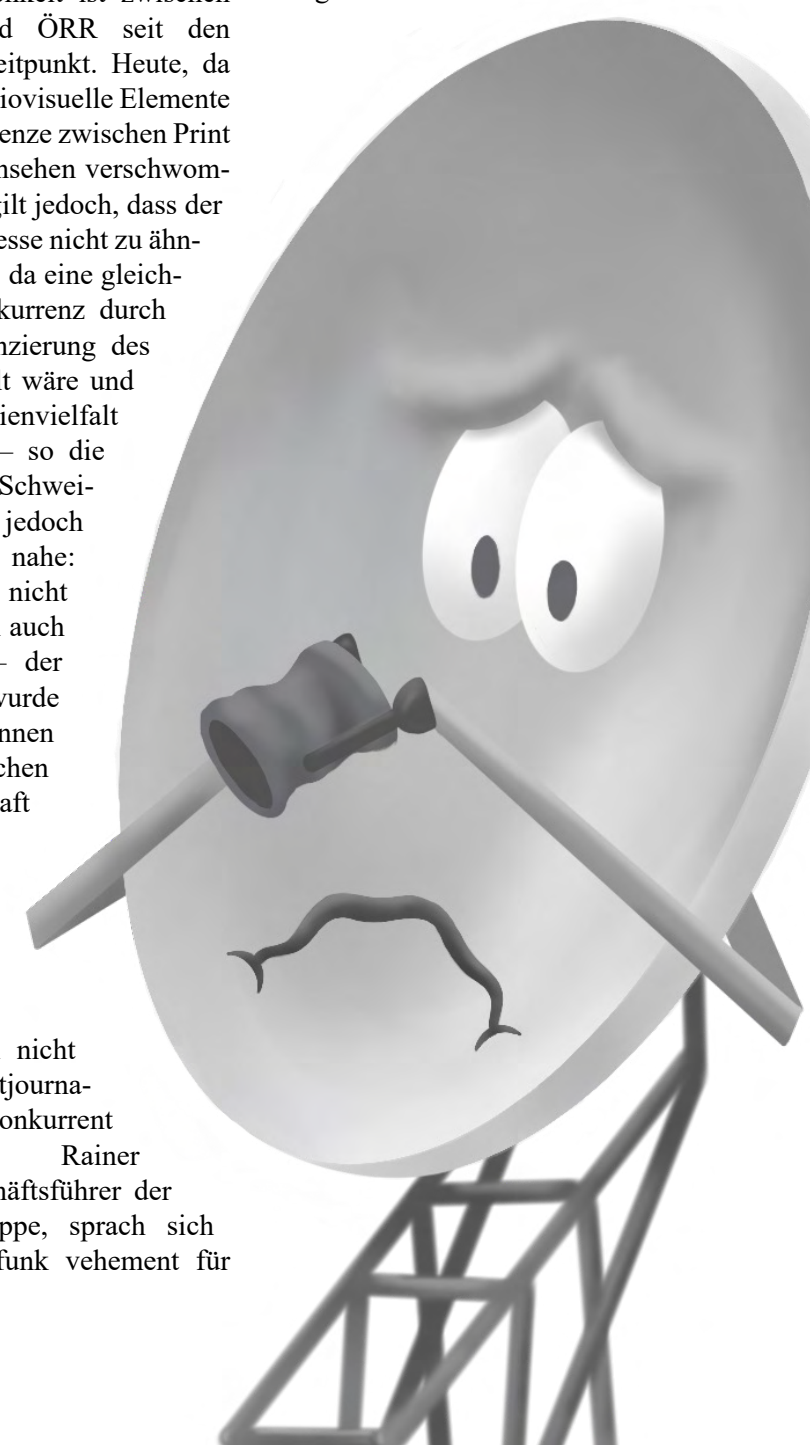
Das gesellschaftliche Zutrauen wieder zu stärken, ist vermutlich die größte Hürde, vor der der ÖRR steht. Mit seiner dienenden Funktion für die Demokratie stellt er sich täglich einer großen Verantwortung, von der Zuschauer:innen ttt – transparenz, tatsächentreue, tiefgang erwarten dürfen.

In der Sparte „Aktualität, Information & Wissen“ soll das aktuelle Angebot, bestehend aus phoenix, ZDFinfo, tagesschau24 und ARDalpha, halbiert werden. Die Kürzung der öffentlich-rechtlichen Informationsvielfalt kann aufgrund ihrer zentralen Rolle für die freiheitlich-demokratische Grundordnung fundamental kritisiert werden, doch ebenso aus einer finanziellen Perspektive heraus. Zusammengekommen machen die vier Sender etwa 20,2 Cent der Rundfunkgebühr aus, also knapp über 1%. Um diese Effizienz ins Verhältnis zu setzen: ZDFinfo kostet jährlich so viel wie 24 ‚Traumschiff‘-Folgen; ein Jahr lang phoenix zu betreiben kostet so viel wie 20 ‚Tatort‘-Episoden. Die Kosten von tagesschau24 lassen sich mit 117 Folgen ‚Rote Rose‘ aufwiegen; ARDalpha gibt es schon zum Preis von 87 ‚Sturm der Liebe‘-Episoden. Ein Sonderbericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten weist zudem darauf hin, dass Streichungen zunächst keine finanzielle Entlastung der Beitragszahlenden bedeuten würde. Symbolpolitik und Shrinkflation auf Kosten einer schlechter informierten Republik.

Aufmerksamkeit haben Ende 2024 auch schwarze Kacheln beim Auftritt der Tagesschau in den sozialen Medien erzeugt – künftig soll das Textangebot des ÖRR strenger ge-

qualitativen Journalismus in all seinen Formen aus.

Die Quadratur der Drehscheibe zwischen notwendigen Reformen und dem Erhalt wichtiger Funktionen für die Gesellschaft bleibt eine Herausforderung, der sich der ÖRR stellen muss. Es bleibt zu hoffen, dass die Demokratie die Herausforderungen für die vierte Gewalt bewältigt und der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich aus seinem Mausloch zurück in die Gesellschaft wagt.



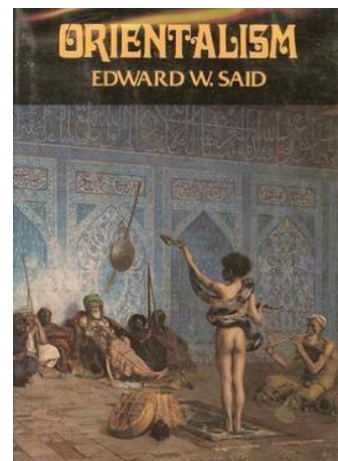
DENKEN IN WELTEN

KARSTEN RÖMLING

Da ist er, ganz nah. Nur wenige hundert Meter entfernt, vielleicht einen Kilometer: der asiatische Kontinent. Der sagenumwobene, exotische Osten. Mit seinem Chaos, seiner Gewalt, seinen irrationalen Gefühlen, aber auch seiner mystischen Schönheit, seinen Reizen – mit seinen schrillen Tönen und islamistischen Fanatikern, seinen verschleierte Frauen und despotischen Herrschern.

„Okay, ganz so stereotyp denkt kaum jemand mehr“, denke ich mir, während ich am Fährhafen von Beşiktaş (Istanbul) auf den Bosphorus schaue. Und doch denken wir in diesen Welten: „Europa“, „Naher Osten“, „Afrika“, „Orient“, „Okzident“. Und halten uns dabei in Europa, ob wir es zugeben wollen oder nicht, zu oft für die Mitte und das Ideal der Welt. Was wir außerhalb von Europa sehen, vergleichen wir mit Europa, wir definieren eine vermeintliche kulturelle Nähe oder Entfernung zu Europa, wir problematisieren Abweichungen. Wie Edward Said in Orientalism beschreibt, ist dieser jahrhundertalte Mechanismus aus der europäischen Konstruktion eines „Orient“ sowie der darauffolgenden Abgrenzung von dem Konstruierten ein integraler Bestandteil der europäischen Zivilisation, Kultur und Identität: „Europa“ ist, was der „Orient“ nicht ist, und der „Orient“ ist, was „Europa“ nicht ist. Ohne „Orient“ kein

„Europa“ und ohne „Europa“ kein „Orient“. So sind zwei künstliche Welten entstanden, die sich gegenseitig bedingen – der „Westen“ und der „Osten“.

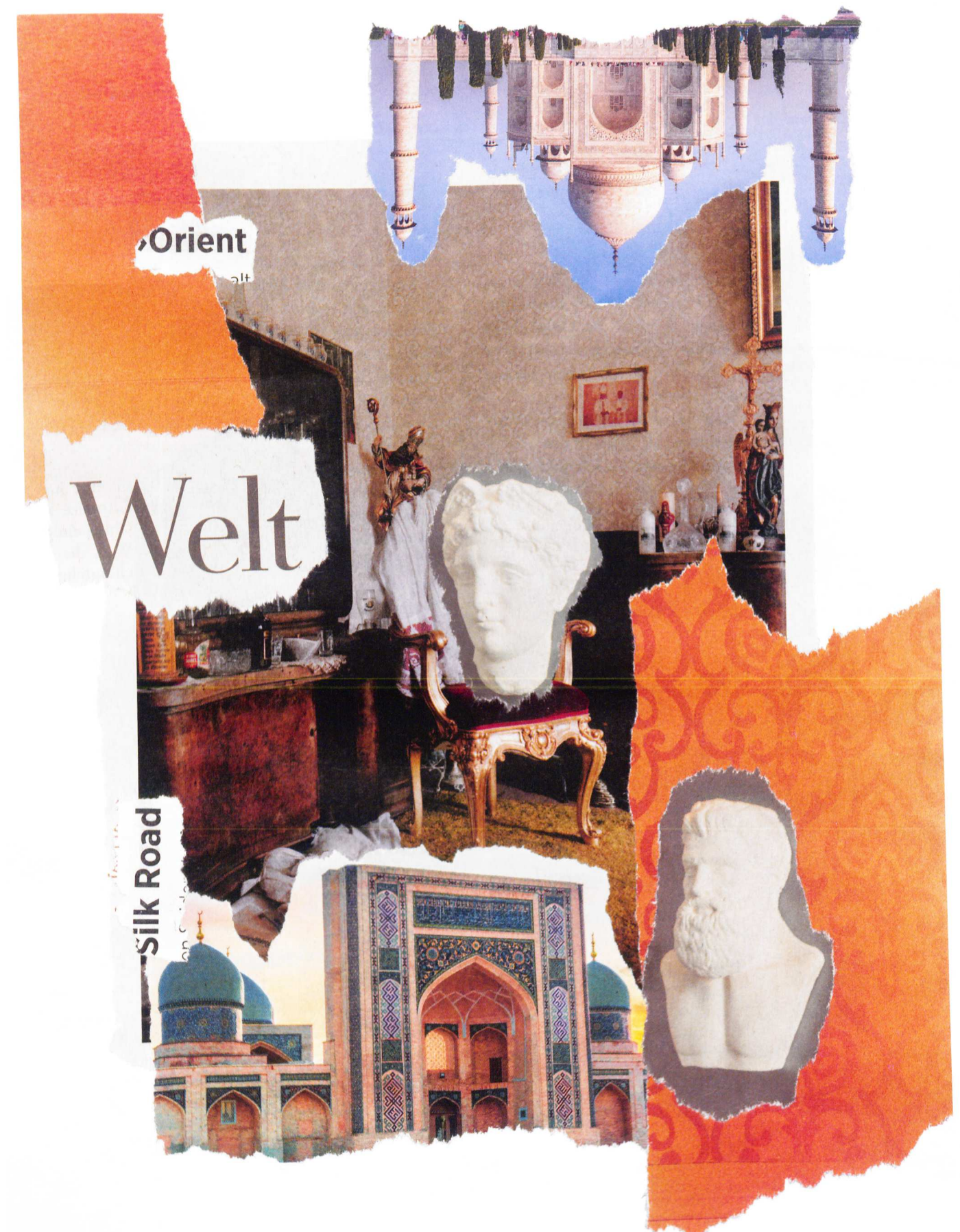


Westliche Akteure dominieren bereits seit Jahrhunderten den Diskurs über einen vermeintlichen „Orient“ und verwehren den Menschen, über die sie schreiben und diskutieren, eine souveräne Selbstdeutung und Geschichtsschreibung. Es ist die Kritik eines moralisch überlegenen europäischen Zentrums an der rückständigen Peripherie; es ist der kritische Blick Europas von oben herab auf den despotischen „Osten“; es ist die Repräsentation des Chaos durch die Moderne. Dieser Diskurs über

den „Orient“ hegt den „Osten“ ein, misst ihn an europäischen Normen, problematisiert ihn, manipuliert ihn, kontrolliert ihn.

Spannungen und Identitätskonflikte zwischen „West“ und „Ost“ sind übrigens auch in der türkischen, osmanischen bzw. oströmischen Geschichte fest verankert und gerade hier in Istanbul sehr präsent. Die Brücken, die den Bosphorus überspannen und zwei Kontinente miteinander verbinden, erscheinen gerade heute, wie der türkische Exiljournalist Can Dündar feststellt, sehr brüchig – gezeichnet von einem Tauziehen zwischen beiden Himmelsrichtungen. Denn der radikale Europäisierungskurs des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk, sicher von internalisierten orientalistischen Denkmustern beeinflusst, hat einen deutlichen konservativen Backlash und letztlich eine Spaltung der Gesellschaft provoziert.

Eine besondere Bedeutung in der westlichen Konstruktion und Problematisierung eines „Orient“ nehmen der Islam und die arabische Welt ein, deren jahrhundertlange Konkurrenz zum mittelalterlichen und neuzeitlichen Europa bis heute persistente orientalistische Diskurse hervorgebracht hat, die zwischenzeitlich als sozialdarwinistische Rechtfertigungen für Kolonialisierungen gedient haben und heute tief in etablierten rassistischen und islamfeindlichen





Denkmustern, auch in den Sozialwissenschaften, verankert sind: Der Islam, lernen wir, ist inhärent sexistisch, gewaltvoll, er mündet in Terror und Gewalt; die arabische Welt ist entsprechend rückständig, instabil, statisch, undemokratisch.

„Darauf“, mag man jetzt denken, „falle ich doch nicht hinein!“ Doch orientalistische Denkmuster erscheinen häufig sehr subtil und können dennoch manifeste politische Konsequenzen haben. Die Zerrbilder orientalistischer Diskurse behindern eine Außen- und Innenpolitik, die Menschen auf beiden Seiten von künstlichen Grenzziehungen wie „Osten“ und „Westen“ langfristig zugutekommt und Spaltungen zwischen Menschengruppen überwindet – unabhängig davon, ob sie offen rassistisch sind oder ob sie den „Orient“

„verbessern“ wollen (womit meist eine Annäherung an europäische Ideale gemeint ist).

Ein Beispiel dafür sind die Aufstände in verschiedenen arabischen Staaten seit Dezember 2010, die im „Westen“ vor allem als „Arabischer Frühling“ bekannt sind, was eine problematische Verzerrung darstellt. Denn nicht nur diejenigen, die die Aufstände bereits zu Beginn mit dem Argument totgesagt haben, „die Araber“ seien zu Demokratie und einer eigenständigen Reform ihrer politischen Verhältnisse unfähig, und damit für eine stabilitätsorientierte europäische Reaktion plädiert haben, sondern auch jene liberalen Europäer*innen (allen voran die EU), die die vor allem auch sozioökonomisch motivierten Proteste durch die Rahmung als „Arabischer Frühling“ als Annäherung an

die liberaldemokratische politische und ökonomische Ordnung Europas interpretiert haben, haben zum Scheitern der Aufstände in vielen Ländern beigetragen. So hat die diskursive Einmischung des „Westens“ vor Ort Misstrauen gegenüber den Aufständischen geschürt, während die politische Reaktion der EU auf einer Überbetonung eigener Interessen, neoliberalen Elementen und Europäisierungsvorstellungen beruhte. Auch in kontemporären Diskursen über den Krieg Israels im Gaza-Streifen sowie zur deutschen Migrationspolitik sind orientalistische Diskursmuster nicht nur präsent, sondern extrem wirkmächtig – mit fatalen Konsequenzen für Menschen in Israel und Palästina sowie für Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland, die jeweils

jedoch kaum zu Wort kommen. Eine selektive Medienberichterstattung, politische Entscheidungsträger*innen und Bürger*innen verstärken dabei gegenseitig den Mythos eines untrennbar mit einer bestimmten Abstammung (mit einer „Welt“) verbundenen Potenzials zu Gewalt und Sexismus, während Realitäten, die diesem Bild widersprechen, sowie deutlich offensichtlichere Korrelationen und Kausalitäten (un-)bewusst ausgeblendet werden. Zu sehr scheinen wir Menschen unseren kognitiven Dissonanzen aus dem Weg zu gehen.

„Hmmm...“, grübele ich am Bosphorus, während ich mir die wenig überraschenden Ergebnisse der Bundestagswahl anschau: „Und jetzt...?“ Orientalistische Denkmuster zu hinterfragen, heißt für mich nicht, perfekt zu sein und erst recht nicht moralisch überlegen oder was auch immer. Es heißt auch nicht, Unterschiede und Gemeinsamkeiten in



unserer Realität, Kontinuitäten und Diskontinuitäten fundamental zu negieren. Aber als angehende Politikwissenschaftler*innen sollten wir hin und wieder den Blick über die Kategorien und „Welten“, in denen wir denken, hinauswagen und möglichst offen und unvoreingenommen sein. Kritisch ja, aber nicht im Sinne eines Abgleichs unserer eigenen (moralischen) Vorstellungen mit unserer Perzeption der Realitäten, sondern im Sinne einer Dekonstruktion von Diskursen, um zu verstehen, wo diese herkommen und wo sie hinführen.





»Entweder
du stürzt
die Verhältnisse
um – oder sie stürzen
dich«

Das Mitte-Links-Lager empfindet die AfD als größte Gefahr für das Land

Ihre Entscheidung

Tragt euren Kram
doch selbst, Männer!

POLITIK

Um
jeden
Preis?



Angstpolitik
der AfD

»DIESE
BASTARDE HÄTTEN
ES
VERDIENT«



VIRALER KLASSENKAMPF UND EIN SCHOCK FÜR DAS SYSTEM?

WAS EIN ATTENTAT ÜBER DIE AMERIKANISCHE GESELLSCHAFT VERRÄT

LENA ZIMMERMANN

Knapp einen Monat nach der schicksalhaften US-Wahl wurde am 04.12.2024 der CEO von UnitedHealth, Brian Thompson, in New York auf offener Straße erschossen. Ein Facebook-Post, der über seinen Mord informierte, wurde nur wenige Stunden nach dem Hochladen wieder gelöscht. Der Grund? Die überwiegende Reaktion auf den Post waren Lach-Emojis. Die Schadenfreude über den Tod des CEOs einer der berüchtigtsten Versicherungsfirmen im Gesundheitssektor breitet sich wie ein Flächenbrand auf den Sozialen Medien aus. Der Unmut über die „mörderische Praxis“ von UnitedHealth, befeuert von einer fehlerhaften KI, bis zu einem Drittel der Versicherungsansprüche zu verweigern, fand in dem Attentat ein überraschendes Ventil.

Die Kaltherzigkeit der Industrie lässt sich auch am Verhalten gegenüber ihren eigenen Mitgliedern festmachen: Um zum weiterhin stattfindenden Investoren-Meeting von United Health zu kommen, liefen die Beteiligten um die Leiche Thompsens herum, und schrieben noch am selben Tag seine Stelle aus.

Schnell setzte sich die Content-Maschinerie des Internets in Gang: Ob ironische Kommentare, Memes, Edits

vor dem Hintergrund des Songs „Criminal“ von Britney Spears – noch bevor der Attentäter bekannt war, entwickelte er sich zu einem Phänomen, dem man auf Social Media kaum entkommen konnte.

Während die Jagd auf den Attentäter noch im vollen Gange war, fanden sich hoffnungsvolle Ausrufe, er würde entkommen. Das Narrativ eines Vigilanten, eines Antihero, dominierte die Online-Kultur, die immer mehr in die Alltagsrealität hineinreicht.

Festgenommen und angeklagt wurde schließlich der 26-Jährige, aus wohlhabendem Hause stammende Luigi Mangione. Die aus seinem X-Account und Goodreads abzuleitenden politischen Einstellungen erwecken jedoch nicht das Bild eines linken Revolutionärs. Eher das eines typischen zentrischen Wählers in der politischen Landschaft der USA. Ein wilder Mix aus konservativ-liber-

tären, progressiven-linken Ideen, mit einer Prise Populismus und gleichzeitigem Tech-Optimismus, sowie Tech-Pessimismus.

Spätestens bei seinem ersten Auftreten im Gerichtssaal wurde deutlich, dass sich die Solidarität und Faszination

auch über das Internet hinaus manifestieren würde, in Briefen, Spenden und Protestaktionen. „Free Luigi“ und „Deny.Defend.Depose“ wurden zu Schlagwörtern, die sich selbst hier in Deutschland auf Protestplakaten wiederfinden.

Die Diskrepanz zwischen diesen Tatsachen und dem Framing der kommerziellen Medien ist auffällig. Die großen Medienkonzerne der USA echauffieren sich über die Grausamkeit der Tat und spielen Bedenken über die Geschäftspraxis von UnitedHealth herunter. Bemüht, alternative Gründe für die Unterstützung Mangiones zu finden, stürzen sie sich auf die Erklärung, der attraktive, sportliche junge Mann würde wegen seines Aussehens glorifiziert werden – das Ted-Bundy-Phänomen. Wenngleich sein Aussehen die öffentliche Faszination unverkennbar steigern mag und einige geschmacklose Edits auf TikTok und Co. hervorbringt, so erklärt es doch nicht die schiere Masse und Breite des öffentlichen Nachgebens von Luigi Mangiones Tat.

Das öffentliche und mediale Interesse hält an. Das Narrativ eines Volkshelden wird auch dadurch nicht gemäßigt, dass Mangione mit einer Terrorismus-Anklage belangt wird – eine Anklage, der zahlreiche school shooters entkommen. Ganz im Gegenteil. In seinem Versuch, Copycat-Täter zu entmutigen, bestärkt der Staat nur das Narrativ von einem zu Unrecht übermäßig verfolgten Volksrächer. Man fragt sich: was rechtfertigt das selten rasante und extreme Vorgehen der Autoritäten nach dem Attentat, wenn nicht der ökonomische und soziale Status des Opfers?

Unabhängig von der Frage nach der moralischen Vertretbarkeit der Taten, denen Luigi Mangione angeklagt ist, ist die Reaktion auf diesen Akt des Vigilantismus bemerkenswert. Mit einem Appell an moralische Konventionen lässt sie sich nicht wegdiskutieren, nur mit dem

Bestreiten systemischer Ursachen. Sind die Saga um den mutmaßlichen CEO-Killer und die Reaktionen in den Sozialen Medien nur ein momentaner Ausreißer aus einem sonst erbarmungslos festgefahrenen Status quo? Gibt es in den USA so etwas wie ein schlummerndes Klassenbewusstsein, das sich wachrütteln lässt, oder sind dies Wunschvorstellungen?

Zumindest gibt es Anzeichen, dass sich, trotz der extremen Polarisierung in den USA, entlang des politischen Spektrums Verständnis und sogar Heroisierungen Mangiones finden. Selbst in den Kommentarspalten eines Videos des ultrarechten Podcasters Ben Shapiro „The EVIL Revolutionary Left Cheers Murder!“ finden sich endlos stolze Trump-Wähler, die mit Mangione sympathisieren und ihre Wut gegenüber dem US-amerikanischen Gesundheitssystem kundtun. Trumps populistischer Erfolg in der Arbeiterschicht speiste sich aus dem Gefühl der Zurückgelassenheit, einem Nährboden für Hass. Aus diesem erwuchs auch der destruktive Wunsch, eine Kettensäge an das gescheiterte Establishment anzulegen. Die jetzige US-Regierung gibt vor, genau das für das Wohl der einfachen Bürger:innen

”

Sind die Saga um den mutmaßlichen CEO-Killer und die Reaktionen in den Sozialen Medien nur ein momentaner Ausreißer aus einem sonst erbarmungslos festgefahrenen Status quo?

“



zu tun, und nicht aus dem Eigeninteresse der Milliardäre, die sich in die Regierung eingekauft haben, zu handeln.

Ob ultrarechts, konservativ, liberal oder links: die Reaktionen auf das Attentat fallen häufig ähnlich aus. Das gescheiterte und leidbringende System ist eine geteilte Wahrnehmung, stärker abhängig von der Einkommensklasse und vom Alter als von der Links-Rechts-Positionierung, wie die kürzlich veröffentlichte Emerson poll zeigt. Demnach fanden 17% aller Befragten das Handeln Mangiones „somewhat acceptable“. Unter den 18–29-jährigen betrug dieser Anteil erstaunliche 40%, ein Zeichen für die Verbitterung einer missachteten Generation. Auch wenn man Zweifel an der Repräsentativität dieser Umfrage hat, handelt es sich unverkennbar um eine bemerkenswerte Momentaufnahme. Die Mehrheit der USA mag nicht mit Mangiones Handlungen einverstanden sein, doch es ist auch eine Mehrheit, welche die grausame Profitgier der Versicherungsindustrie erlebt. Die wachsende Unzufriedenheit mit dem Gesundheitssystem spiegelt sich unter anderem in Umfragen von Ipsos und Gallup wider.

Diese Tatsachen fließen kaum in die Berichterstattung der großen Medienkonzerne ein. Von Fox News bis MSNBC wird sich vehement auch nur dem Versuch, die Sympathie für Mangione zu verstehen, widersetzt. Stattdessen werden Sympathisanten für den „CEO-Killer“ als Unmenschen verpönt und Brian Thompson als amerikanischer Held, fürsorglicher Vater und erfolgreicher Businessman stilisiert. Unabhängig vom Alltagsgeschäft stehen diese Konzerne auf der Seite derselben Elite.

Auch die einflussreichen Printmedien ziehen mit. Am 12. Dezember 2024 veröffentlichte die New York Times einen Artikel mit dem bezeichnenden Titel „Brian Thompson, Not Luigi Mangione, Is the Real Working-Class Hero“. Der aus einer Arbeiterfamilie aus Iowa stammende Brian Thompson habe sich eigenständig bis zum CEO der größten Gesundheitsversicherungsfirma der USA hochgearbeitet. Der Mythos des American Dream, des zum Millionär gewordenen Tellerwäschers, schwingt hier unverkennbar mit. Luigi Mangione dagegen, privilegiert aufgewachsen, verdiene weder diesen Titel, noch Bewunderung oder Milde.

Das Versprechen an hundert Millionen Unterbemittelte, die sich von Tag zu Tag quälen, ist das der sozialen Mobilität: Wenn sie nur hart genug schuften würden, könnten sich einige von ihnen eine bessere Zukunft erringen. Neben institutionellen Faktoren verhinderten dieser Glauben und der „Red Scare“ bisher das langfristige Aufkommen einer sozialistischen oder auch nur entschieden sozialdemokratischen politischen Strömung in den USA:

”

...socialism never took root in America because the poor see themselves not as an exploited proletariat but as temporarily embarrassed millionaires.

“

(Josh Steinbeck, paraphrasiert von Ronald Wright)

Die Diskussionen rund um Mangione und den ermordeten UHC-CEO ist symptomatisch für eine Dynamik, die nicht nur die USA betrifft, sondern sich auch global ausbreitet.

Während die Reichen immer reicher werden, verlieren Arbeiter- und Mittelschicht an Wohlstand, Perspektiven und Lebensstandard. „Culture war issues“ polarisieren mittlerweile die meisten „westlichen“ Länder. Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit und ähnliche Probleme sind absolut ernst zu nehmen. Doch sie werden medial und politisch ausgeschlachtet, um die breite Gesellschaft in sich zu spalten. Verursacher und Nutznießer dieser Spaltung sind die 1%, die laut einer OXFAM-Studie von 2024 mehr Wohlstand besitzen als die unteren 95% der Menschheit. Solange die Öffentlichkeit und Politik blind gegenüber der profit- und machtgerigen Hand dieser „robber barons“ agiert, wird sich die Lage nirgendwo ändern. In Anbetracht der technofaschistischen Machtübernahme des Tech Moguls Elon Musk wird es erst einmal weitaus schlimmer werden, bevor es besser werden kann. Sein X (aka Twitter) bedient sich freudig an den Feindbildern und Schlachtrufen des „culture war“, während Musk nebenbei im Größenwahn und Rachetrieb die US-Regierung unterwirft und die Staatskasse für seinen eigenen Vorteil ausbeutet. Das Attentat auf Brian Thompson hat zumindest eines erreicht: Das US-Gesundheitssystem ist wieder stärker als seit langem in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Und das nach einem Wahlkampf, in dem das Wort „Healthcare“ weder von Donald Trump noch Kamala

Harris häufig in den Mund genommen wurde. Doch solange Big Money beide Parteien in den USA kontrolliert, ist wahrer Fortschritt ausgeschlossen.

Je weniger die Menschen noch zu verlieren haben, desto häufiger werden sie zu extremen Maßnahmen wie Luigi Mangione greifen. Besonders nun, da die öffentliche Sympathie für Vigilanten sich als offene Wunde der US-Gesellschaft entpuppt hat.

Das berauschende Medienspektakel und alltägliche politische Chaos unserer Zeit wird überschattet von einer simplen Frage, die in ihrer Direktheit Verstand und Gemüter verdunkelt: Was nun? Die Zukunft ist jetzt. Diskussionen über herrschsüchtige Oligarchen, die jeden Menschen, den sie nicht als Ressource ausbeuten können, zur Redundanz verurteilen wollen, sind weder Panikmache noch unterhaltsames Material für dystopische Romane. Morgen ist es zu spät, gestern hätten wir handeln müssen, und heute sind wir immer noch ratlos, orientierungslos und versteift auf alte Konventionen darüber, wie die Welt funktionieren soll. Von internen Streitigkeiten geplagt sind die Menschen, die zusammen gegen eine größere Gefahr handeln müssten. Wie überwindet man diese politische Polarisierung, in Arbeiterklasse und Mittelschicht, und schafft eine gemeinsame politische Grundlage, um effektiv gegen den Vorstoß der Oligarchen und Technofaschisten vorzugehen? Wie bewältigt man den „culture war“, der uns davon abhält, energisch und geschlossen den Oligarchen der Gegenwart entgegenzutreten, sie ihrer Macht endgültig zu berauben, und auf einen besseren Lebensstandard

für alle Menschen hinzuarbeiten? Wie übersetzt man den flüchtigen Moment geteilter Emotionen, wie sie in der Saga um Luigi Mangione und den ermordeten CEO aufblitzen, in ein wahres Klassenbewusstsein? Dringend brauchen wir diese Antworten. Doch ergeben können sie sich nur aus unserem Handeln, aus Erfolg und Misserfolg. Die Zeit verrinnt und vieles mag verloren sein, doch unsere Versuche sind nicht vergeblich, solange wir nicht entscheiden, dass sie es sind. Für effektiven Widerstand braucht es ein breites und vielfältiges Bündnis, gegen einen gemeinsamen Feind. Anstatt sich in Unterschieden zu verlieren, muss man sich auf das Gemeinsame besinnen. Die Zukunft darf nicht einigen wenigen Größenwahnsinnigen gehören, die das Wohl von acht Milliarden Menschen für ihre eigene Befriedigung opfern werden.



AUFBRUCH DER INSTITUTE

CORVIN NAGEL

Was eint die Soziologie und Politikwissenschaft? Die Lehre der Gesellschaft.

Was entzweit sie? Ihre Rollen in dieser.

So musste auch die Universität Bonn über lange Jahre miterleben, wie sich auch hiesiges Institut nicht imstande sah, aus beiden Disziplinen in einer gemeinsamen Rolle zu funktionieren. Das gemeinsame Institut für Politikwissenschaft & Soziologie erlitt nach abgelehntem Einspruch im Fakultätsrat den somit endgültigen Auseinanderbruch und steht vor der Neugründung zweier Institute.

Nur zu gerne wünschte ich, die Geschichte des Zerbrechens als ein Theaterstück erzählen zu können – mit zu vielen Akten, voller Intrigen der Macht, Fast-Schlägereien, Drohungen, Veruntreuung und Koalitionen der Verleumdung – ausgehandelt hinter angelehnten Türen. In diesem Stück füllten Studierende wie Angehörige des Mittelbaus die Zuschauerränge, ein ganzes Bachelor-Studium an Länge zum Mitverfolgen einer tadellosen Bühnenszenierung alter weißer Männer verdammt. Solch ein Theaterstück könnte sich keine Universität, keine Wissenschaft, keine Generation dieser Welt leisten. Und doch entschied man, es aufzuführen. Es kann und will quasi niemand mehr wissen, wo, durch wen und wann dieser Bruch seinen Anfang nahm. Er soll hier als Aufbruch – das Zerbrechen als ein Aufbrechen – erzählt werden.

Die Studierendenschaft der Soziologie & Politik beider künftigen

Institute können sich nur eines wünschen: endlich ein koalierendes Umfeld engagierter Lehre und begeisterter Wissenschaft erleben zu dürfen! In Zeiten, welche tatsächliche Wenden verlangen, in einer Gesellschaft, die zunehmend Fragen an sich selbst stellt, kann der Wert beider Disziplinen nicht hoch genug bemessen werden. Die Universität Bonn hat nun die einmalige Chance, sich wandelnd aus dem Bruch heraus aufzustellen und die Krise als Chance des Umbruchs zu nutzen, dabei eigene Befindlichkeiten zu überwinden und sich an dem Meistern der heutigen Herausforderungen messen zu lassen – ihre Daseinsberechtigung letztlich unter Beweis zu stellen.

”

**Einen Umbruch, ohne
gelingenden Aufbruch,
können und wollen wir
uns nicht mehr leisten.**

“

Die zukünftigen Institute müssen sich in künftig zu besetzenden Posten der beschämend geringen Diversität zuwenden, rhetorische Fähigkeiten wieder dem Miteinander und der Lehre statt dem Gegeneinander

widmen und ihre Expertise der Begeisterung junger Studierender für die Wissenschaft zugutekommen lassen. Geld und Ressourcen sind für die Qualität des Studiums und der Forschung anzulegen, um die Türen in den akademischen Betrieb zu öffnen, statt hinter ihnen die Größe alter Egos zu verhandeln. Eine veraltete und undurchsichtige Entscheidungsstruktur der Organisation Universität hat zudem für Mittel und Maßnahmen zu sorgen, solche Umstände zukünftig schneller und effektiver zu beheben. Die neuen Institute sollten Maßnahmen vorsehen, soziale Konflikte im Inneren auflösen zu können, richten diese zu lange und zu großen Schaden an den zweckgerichteten Aufgaben an.

Damit eine kommende Generation an Gesellschaftswissenschaftler*innen die Universität Bonn verlässt, die nicht in einem akademischen Bruchwerk gebildet wurde, gilt es einmal mehr, die Gunst der Stunde im Aufbruch zu erkennen. Ein erster Schritt ist die kommissarische Besetzung jeweiliger Vorstände mit der Perspektive, Ende 2025 zwei neue Institute in ihre Arbeitsfähigkeit zu entlassen. Themen der guten Lehre, Aspekte der Nachhaltigkeit, Diversität und einer innovativen Fachlichkeit müssen berücksichtigt sein. Es fehlt die Zeit und der Bildungspolitik das Geld für weitere Schmierenskomödien auf Kosten der Studierendenschaft und unserer Zukunft.

Einen Umbruch, ohne gelingenden Aufbruch, können und wollen wir uns nicht mehr leisten.



IM FOKUS

BURSCHENSCHAFTEN UND IHRE VERBINDUNGEN IN DAS RECHTE MILIEU

OLIVIA BODENSIECK & LUCIE KRAUß

Die Bonner Südstadt im Sommer. Junge Menschen gehen durch die Straßen, unterhalten sich, trinken ein Bier. Sie genießen die letzten Sonnenstrahlen des Tages. Eine große Gruppe junger Männer biegt um die Ecke. Sie sind alle gleich gekleidet: Blauen Jacken, die an Armeemoffiziere erinnern, mit Schulterbesatz und Abzeichen. Sie tragen einen ausgestopften Fuchs durch die Stadt. So absurd dieses Bild auch klingen mag, in der Bonner Südstadt gehören diese Szenen zum Alltag. Bei den jungen Männern handelt es sich um Burschenschaftler und sie und ihre Verbindungshäuser prägen Bonn schon lange.



Die erste studentische Verbindung gründete sich laut LVR-Landes-Museum in Bonn bereits im Jahr 1818. Noch heute ist Bonn mit etwas mehr als 40 Verbindungen die Stadt mit der zweithöchsten Dichte an Burschenschaften und Verbindungen in ganz Deutschland. Burschenschaften und Verbindungen sind sich dabei in vielem ähnlich, es gibt aber auch große Unterschiede. In verschiedenen Dachverbänden sammeln sich zum einen konfessionell gebundene, beispielsweise katholische Verbindungen, aber auch musisch orientierte Verbindungen oder Sportverbindungen. Dabei gibt es reine Männer-, Frauen- und auch gemischte Verbindungen. Die meisten „Burschenschaften“ sind nicht religiös gebunden, fechten in der Regel und sind ebenfalls in Dachverbänden organisiert. In diesem Artikel geht es dabei vor allem um die „Deutsche Burschenschaft“ (DB) als Dachverband, mit deren Mitgliedsburschenschaften teilweise auch andere Verbindungen Umgangsverbot haben. Häufig geht es bei der Mitgliedschaft in solchen Vereinigungen um das Ausüben gemeinsamer Hobbies oder auch die Gemeinschaft. Immer öfter werden allerdings Vorwürfe laut, dass insbesondere Burschen-

schaften durch ihre Hierarchien, Machtstrukturen und Gesinnung rechte Strukturen begünstigen. In Bonn gibt es vor allem eine Burschenschaft, der Verbindungen ins rechte Milieu vorgeworfen werden: Die Alte Breslauer Burschenschaft der Raczecks.



”

Der Burschenschafts-Kosmos bleibt für Außenstehende oft weitgehend unzugänglich.

“

Die Alte Breslauer Burschenschaft der Raczecks

Die Raczecks gibt es seit 1950 in Bonn. Gegründet wurde die Burschenschaft bereits im Jahr 1817 im damaligen Breslau. Auf ihrer Website wehren sie sich gegen „Political Correctness“ und propagieren einen Blick auf die Welt abseits des „medialen Mainstreams“. Ebenfalls lässt sich ihrer Website entnehmen, dass sie sich weiterhin den ehemaligen deutschen Ostgebieten verbunden fühlen und noch immer die „Pflichtmensur“ (verpflichtetes Fechten) betreiben. Viel mehr als das, was die Raczecks selbst von sich preisgeben, erfährt man durch einfache Recherchen leider nicht – so bleibt der Burschenschafts-Kosmos für Außenstehende oft weitgehend unzugänglich. Im Jahr 2011 führte eine Recherche des Magazins Spiegels zu einem Medienecho: Sie beschrieb einen Streit im Dachverband Deutsche Burschenschaft, der entfachte, nachdem die Raczecks einen Abstammungsnachweis als Aufnahmekriterium einforderten. Konkret wollte die Bonner Burschenschaft die Burschenschaft Hansea zu Mannheim ausschließen, da letztere einen Studenten chinesischer Abstammung aufgenommen hatte. Die Raczecks argumentierten, dass besonders

in Zeiten der „Überfremdung“ nur Menschen „vom deutschen Stamm“ in die Deutsche Burschenschaft aufgenommen werden sollten. Expert:innen, wie der Rechtshistoriker der Berliner Humboldt-Universität Rainer Schröder sehen in der Argumentationsweise der Raczecks eine Nähe zu rassistischen Ideologien des Dritten Reichs.



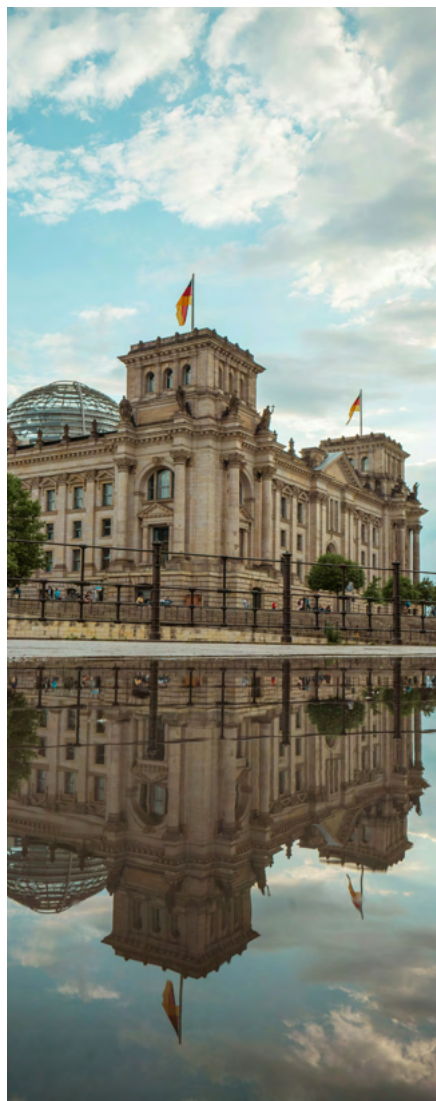
Das Bonner Bündnis gegen Rechts, ist ein Zusammenschluss aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Gruppen, Parteien und Parteijugenden, Organisationen und Einzelpersonen der seit 2019 besteht. Aktive gaben uns in einem Interview Einblicke in ihre Arbeit und ihre eigenen Recherchen zu Burschenschaften in Bonn. So seien viele Mitglieder der Raczecks beispielsweise auch bei der rechtsextremen Gruppe Revolte Rheinland aktiv. Demnach waren auf einem Social-Media-Beitrag Mitglieder der Revolte Rheinland und der Raczecks gemeinsam mit der Vorsitzenden der AfD Bonn zu sehen. Das Verbindungshaus der Raczecks werde genutzt, um die politisch rechte Agenda zu fördern: so habe dort beispielsweise das rechtsextreme Aktionsbüro Mittelrhein seinen Platz gehabt.

Auch lässt sich eine deutliche Verbindung zur AfD erkennen: Einige Mitglieder der Partei, wie Norbert Weidner oder Alexander Jungbluth, waren selbst Mitglieder der Raczecks. Außerdem erfreut sich die Burschenschaft regelmäßig über prominenten Besuch aus der Partei. Im vergangenen Dezember hielt der Europa-Spitzenkandidat der AfD Maximilian Krah einen Vortrag im Verbindungshaus. Auch der Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich, der dem völkischen Flügel um Björn Höcke zugeordnet wird, war im letzten Jahr zu Gast. Nicht zuletzt besuchte die AfD-Europaabgeordnete Irmhild Boßdorf, die zugleich stellvertretende Sprecherin des AfD-Kreisverbandes Rhein-Sieg ist, bereits mehrere Veranstaltungen der Burschenschaft. Die Verflechtungen der Raczecks mit der Revolte Rheinland und dem Aktionsbüro Mittelrhein offenbaren eine Verbindung ins rechte Milieu, auch eine Nähe zu den regionalen Strukturen der AfD zeigt sich. Die AfD führt offiziell sowohl die Revolte Rheinland als auch das Aktionsbüro Mittelrhein auf ihrer Unvereinbarkeitsliste. Mitglieder dieser Gruppierungen scheinen zumindest inoffiziell aber im Austausch mit der Partei zu stehen.

Verflechtungen in die Politik

Die Raczecks sind jedoch nur ein Beispiel und nicht die einzige Burschenschaft, die Verbindungen zur Politik hat. So sind nach Recherchen des OAT Köln circa 20 Prozent der aktiven Mitglieder der Jungen Alternative ebenfalls Mitglieder in Burschenschaften und Verbindungen. Umfassenden Recherchen des Netzwerkes Report Mainz zufolge haben mehr als 50 Abgeordnete aus Bundestag, Landtagen und Europaparlament

sowie rund 60 Mitarbeiter direkte Bezüge zu Burschenschaften des umstrittenen Dachverbands Deutsche Burschenschaft. Die Politikwissenschaftlerin Alexandra Kurth findet die Anzahl schockierend und sieht darin ein gefährliches rechtsextremes Netzwerk innerhalb der AfD, das die ideologische Ausrichtung der Partei nach rechts verschieben könnte. Nimmt man alle Verbindungen in den Blick, sind nach OAT-Recherchen circa 40 Prozent der Bundestagsabgeordneten ehemalige Korporierte. Auch nicht extreme Verbindungen haben damit nicht zu leugnende Bezüge zur Politik. So war beispielsweise auch Friedrich Merz Mitglied in der katholischen Bonner Verbindung „Bavaria“.



Das Bonner Bündnis gegen Rechts warnt davor, alle Burschenschaften in den gleichen Topf zu werfen. „Man muss dieses Thema differenziert betrachten“, heißt es im Interview. Die meisten Burschenschaften seien auf dem politischen Spektrum zwar eher konservativ, es gebe aber viele, die sich gegen die rechtsextremen Strömungen innerhalb des Milieus wehren. Nachdem der Dachverband Deutsche Burschenschaft beschlossen hat, dass die zugehörigen Verbindungen pflichtschlagend sein müssen und die Debatte über den Abstammungsnachweis losbrach, sind viele Burschenschaften aus dem Verband ausgetreten.

Einblicke in eine Bonner Burschenschaft

Das bestätigt uns auch ein junger Korporierter (so nennt man Mitglieder von Studentenverbindungen), der unerkannt bleiben möchte, sich aber zu mehreren Interview-Terminen bereit erklärt hat. Seine Burschenschaft ist fakultativ schlagend, man kann also fechten, muss es aber nicht. Zweimal in der Woche komme ein Fechtmeister zum Training vorbei. Er berichtet uns, dass eine sogenannte Mensur (ein scharf gefochtener Fechtkampf) nur gelegentlich stattfinde. Die Kämpfe seien angepasst an das jeweilige Leistungsniveau: „Es gibt keine Intention sich gegenseitig zu verletzen“. Er selbst habe auch schon eine Mensur gefochten und versteht sie eher harmlos. Der Korporierte erklärt uns, dass man als Fux (Anwärter auf die volle Mitgliedschaft) zunächst einiges über die deutsche Politik und die Geschichte der Burschenschaft lernt. Um „geburscht“ (die volle Aufnahme in die Verbindung) zu werden, müsse man dann einen Test

bestehen und die Mensur schlagen. Seiner Ansicht nach spielt Alkohol in seiner Burschenschaft keine große Rolle. Die Szene in Bonn sei sehr groß, aber er sei nicht viel unterwegs gewesen. Gleichzeitig kenne er aber auch viele Personen, auf die Stereotypen zutreffen. Es gebe verschiedene Veranstaltungen, die die Burschenschaften im Jahr durchführen. Nicht nur, dass zu Beginn und Ende des Semesters sogenannte Kneipen geschlagen werden (eine stark ritualisierte Veranstaltung bei der unter anderem alte Studierendenlieder gesungen und in bestimmten Momenten getrunken wird), regelmäßig fänden auch politisch-informierende Veranstaltungen statt. Einmal sei der Ministerpräsident Niedersachsens vor Ort gewesen. Viele andere Burschenschaften und er selbst ständen den Raczeks kritisch gegenüber. Es gebe sogar ein offizielles Umgangsverbot. Er persönlich habe auch noch nie Mitglieder der Burschenschaft getroffen. Auch den Dachverband der Raczeks betrachtet er kritisch. Dennoch ähnelt der Wahlspruch seiner Verbindung, „Ehre, Freiheit, Vaterland“, sehr dem der Raczeks und dem anderer Verbindungen der DB. Darauf angesprochen, wurde uns erklärt, dass dieser Wahlspruch in ähnlicher Weise von fast allen Burschenschaften verwendet werde. Die Werte seiner Burschenschaft seien jedoch konkreter: Freiheit, Demokratie, Europa. Auch entscheide jedes einzelne Mitglied für sich selbst mit welcher politischen Partei man sympathisiert – das sei in seiner Burschenschaft sehr durchmischt.

”

Das Verbindungshaus in der Johannes-Henry-Straße bietet neben einem schönen Gründerzeitambiente auch viel Raum und einen guten Nährboden für völkisch-nationalistisches Gedankengut.

“

Es bleibt fraglich, ob die behauptete liberale Haltung vieler Burschenschaften tatsächlich der Realität entspricht. Die meisten Burschenschaften hätten wohl Nachteile davon, als sehr weit rechts stehend wahrgenommen zu werden. Dass Frauen in den meisten Verbindungen weiterhin von Veranstaltungen und der Mitgliedschaft ausgeschlossen sind, unterstreicht die konservativen Werte vieler solcher Organisationen. Als eine von nur wenigen Burschenschaften in Bonn die tatsächlich und offen Teil rechtsextremer Netzwerke sind, zeigt der Fall der Raczeks trotzdem ein gravierendes Beispiel, wo die Idee eines „Lebensbundes“, die viele Verbindungen prägt, auch

negativ ausarten kann. Trotz mehrerer Protestaktionen vor der eigenen Haustür und viel Kritik wird weiterhin gemeinsame Sache mit rechtsextremen Gruppierungen und Einzelpersonen gemacht. Das Verbindungshaus in der Johannes-Henry-Straße bietet neben einem schönen Gründerzeitambiente auch viel Raum und einen guten Nährboden für völkisch-nationalistisches Gedankengut. Es scheint weiterhin ein Magnet für Gleichgesinnte zu sein. Sie sind Teil eines Netzwerkes, das Expert:innen für hochgefährlich halten und demokratiegefährdendes Potential hat.





VERBUNDENHEIT



Respekt fürs Wir – Jonas Baumann

Oft will man nichts mehr von alldem wissen.

Menschen, die sich beschimpfen, belügen, bekriegen. Menschen, die sich benutzen.

Sind sie damit zufrieden; hoffen, glauben sie nicht, dass es besser werden kann?

Glaube ich überhaupt selbst daran oder würde es nur gerne?

Warum sollte ich denn nicht? Keiner von uns kommt hier raus, egal, was man glaubt, da kann ich mir doch immerhin bestmöglich einreden, dass es ganz schön ist und noch viel besser werden kann. Warum sollte es denn auch nicht?

Und im Versuch, mich zu überzeugen, fällt auf: so schlimm ist es wirklich nicht.

Na gut, vieles ist sch***e. Vieles ist aber auch sch***e schön. Es gibt auch gar nicht so besonders viele von denen, die „Veränderung beginnt bei Dir“ falsch herum verstanden haben, sie kommen anscheinend nur besonders oft in die Nachrichten.

Veränderung beginnt mit dir, in dir, aber dreht sich um keinen von uns.

Veränderung dreht die Welt, auf der wir stehen, wir drehen uns mit ihr und wer versucht, die Richtung allein nach seinen Wünschen auszurichten, wird merken, wie die Kurse all der anderen dagegen halten.

Nun stehen wir hier, drehen uns in Richtungen, die zu vielen missfallen, warten auf irgendjemanden, der uns in eine bessere Bahn lenkt, oder hoffen wenigstens, dass es nicht schlimmer wird.



Wir streiten uns über minimale Unterschiede zwischen Links und Rechts, suchen Orientierung – teils bei denen, die uns Links als Rechts verkaufen – oder machen die Augen zu und wünschen, alles möge stillstehen.

Doch wir können nicht aufhören, uns zu drehen.

Wir werden uns nicht einig, doch noch viel weniger werden wir uns los.

Wir können vor der Welt flüchten, aber nicht vor der Gewissheit unserer Flucht und der Angst, eingeholt zu werden.

Gemeinsam jedoch können wir das elende Schaukeln beenden, das uns mit jedem Schlag gegen das, was uns verbindet, mit jedem Diebstahl an denen, die unsere Nöte teilen, und jeder Bombe auf jene, die fühlen wie wir, aus der Bahn wirft.

Wir können aufeinander zugehen und zusehen, wie unsere Kurse folgen.

Ein Kurs für mich und all die anderen Michs auf der Welt – Respekt fürs Wir.



Essay

Bürgerräte und Volksabstimmungen

Reportage

Und wir mittendrin

Interview

Karriere in der Diplomatie

Kommentar

Darum solltet ihr nicht aufhören mit euren Familien über Politik zu sprechen

Fotostrecke

Die Ambivalenz zwischen Faszination und Überforderung

Essay

Wer bin ich – und auf welcher Seite?

BÜRGERRÄTE UND VOLKSABSTIMMUNGEN

WARUM DELIBERATIVE UND DIREKTDEMOKRATISCHE FORMATE MIT VORSICHT EINGESETZT WERDEN SOLLTEN

ELISA MADELUNG

Erfolge populistischer und radikaler Parteien, Misstrauen gegenüber der politischen Elite und tendenziell sinkende Mitgliederzahlen ehemaliger Volksparteien: Die sogenannte „Krise der repräsentativen Demokratie“ ist aktuell in aller Munde. Parlamentarische Entscheidungsprozesse werden vielfach als langwierig und abgekoppelt von den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung wahrgenommen, die Sehnsucht nach einfachen Antworten und schnellen Lösungen für alltägliche Probleme ist groß. In einer von der Körber-Stiftung publizierten repräsentativen Studie aus dem Jahr 2023 gaben nur 43 % der Befragten an, sehr großes oder großes Vertrauen in die Demokratie zu haben. Zugleich sprachen sich 86 % dafür aus, die Bevölkerung bei wichtigen Entscheidungen stärker einzubeziehen. Auch in einer 2022 durchgeführten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung werden geringe Partizipationsmöglichkeiten der Bürger:innen von knapp 68 % der Befragten bemängelt.

Die Hoffnung ist durchaus berechtigt, dass Beteiligungsformen wie Volksabstimmungen und Bürgerräte das Verständnis und Bewusstsein für demokratische Zusammenhänge und die Wertschätzung der Demokratie fördern können. Dennoch sollten Elemente deliberativer und direkter Demokratie nicht als Allheilmittel gegen gesellschaftliche Spaltung und Politikverdrossenheit betrachtet werden. Denn bei genauerer Betrachtung zeigen sich gerade bei Volksabstimmungen einige Minuspunkte.

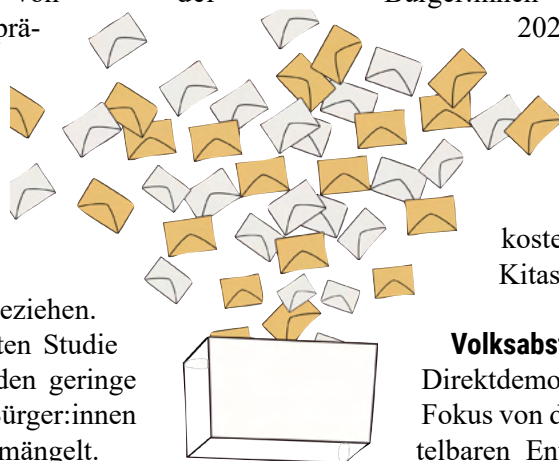
Bürgerräte: Worum geht's?

In der „deliberativen Demokratie“ sollen sich in der

öffentlichen Diskussion die besten Argumente durchsetzen, sodass im vernunftgeleiteten Diskurs ein Kompromiss zustande kommt, der möglichst viele Beteiligte zufriedenstellt. Debatten sollen nicht in elitären Kreisen hinter verschlossenen Türen stattfinden, sondern Vertreter:innen verschiedener sozio-ökonomischer Gruppen einbeziehen. Die bekannteste Umsetzungsform ist der Bürgerrat, der von der Ampel-Regierung erstmals auf Bundesebene eingesetzt wurde. Dort diskutierten 157 zufällig ausgewählte Bürger:innen von September 2023 bis Februar 2024 in kleinen Gruppen und mit Unterstützung von Expert:innen über ernährungspolitische Reformen. Neun Vorschläge wurden dem Bundestag schließlich vorgelegt, darunter die Einführung eines kostenlosen Mittagessens in Schulen und Kitas.

Volksabstimmungen: Worum geht's?

Direkt-demokratische Ansätze verlegen den Fokus von der öffentlichen Debatte zu der unmittelbaren Entscheidung durch die Bevölkerung, wobei die Abstimmung entweder von der Regierung oder per Unterschriftenlisten von der Bevölkerung angestoßen wird. Beides ist in Deutschland bislang nur in der Kommunal- und Landespolitik möglich – und wird zumindest auf Landesebene nur selten umgesetzt. Laut einer Zählung des gemeinnützigen Vereins Mehr Demokratie e. V. wurden in Deutschland von 1946 bis Ende 2023 nur 16 obligatorische Referenden und 26 „von unten“ initiierte Volksabstimmungen durchgeführt. Das läge unter anderem an hohen gesetzlichen Hürden, für deren Abbau sich der Verein einsetzt. Er betont, dass durch eine Kombination von direkter und deliberativer Demokratie auf Bundesebene Bürgerräte an Bedeutung und Volksabstimmungen an Qualität



gewinnen könnten. Welche Punkte sprechen also für den Ausbau deliberativer und direktdemokratischer Verfahren?

Gegen Polarisierung: Chancen direkter und deliberativer Demokratie

Entsprechend dem Konzept der Volkssouveränität scheint es auf den ersten Blick nur konsequent, die Machtausübung der Bevölkerung möglichst zu erweitern und politische Entscheidungen somit umfassender zu legitimieren. Insbesondere von der Bevölkerung initiierte Volksabstimmungen können zudem wenig beachtete Themen auf die politische Agenda setzen und wer die eigene Meinung von den vorhandenen Parteien nicht vertreten sieht, erhält eine neue Möglichkeit, sich zu äußern. Eine Studie des Swiss Institute for Empirical Economic Research aus dem Jahr 2004 kommt außerdem zu dem Ergebnis, dass Bürger:innen in der Schweiz und in der EU politisch besser informiert seien, wenn sie mehr Partizipationsrechte genießen. Einen Grund sehen die Forscher:innen darin, dass im Vorfeld einer Volksabstimmung öffentlichkeitswirksamer und umfassender über das Abstimmungsthema diskutiert werde. In anderen Worten: Direkte Demokratie kann deliberative Demokratie stärken.

Auch Cristina Lafont, Philosophieprofessorin an der US-amerikanischen Northwestern University, spricht von den Chancen deliberativer Konzepte in Anbetracht einer verstärkten Fragmentierung und Polarisierung durch die Digitalisierung. Denn die Normen deliberativer Formate, beispielsweise Konsensorientierung, Diversität der Teilnehmenden und Zugang zu ausgewogenen Informationen, stünden der digitalen Diskurskultur diametral entgegen. Von einer verstärkten Einsetzung von „Mini-Öffentlichkeiten“ (wie beispielsweise Bürgerversammlungen) könne der gesamte öffentliche Diskurs profitieren, da die Teilnehmenden die genannten Normen auf Grundlage ihrer eigenen positiven Erfahrungen weiterverbreiten würden.



”

Entsprechend dem Konzept der Volkssouveränität scheint es auf den ersten Blick nur konsequent, die Machtausübung der Bevölkerung möglichst zu erweitern und politische Entscheidungen somit umfassender zu legitimieren.

“

Und was, wenn's schief geht?

Mangelnde Sachkompetenz der Bürger:innen, Schwächung des repräsentativen Systems, hohe Kosten und aufwändige Organisation ... die Argumente gegen eine verstärkte Bürger:innenbeteiligung sind vielfältig. Ähnlich wie bei Wahlen besteht die Gefahr einer einseitigen Einflussnahme auf die öffentliche Meinung durch bestimmte Politiker:innen und Medien, polemisch geführte Debatten und Desinformationskampagnen. Auch das Frustrationspotenzial ist hoch, wenn es bei der Umsetzung von Empfehlungen und Beschlüssen hapert, Teilnehmer:innen eines Bürgerrats mit langwierigen Diskussionen und schwierigen Kompromiss-suchen umgehen müssen oder Bürger:innen ständig zur Wahlurne gebeten werden.

Bei direkter Demokratie existiert zudem das Risiko, dass sich das Ideal einer breiten Partizipation nicht erfüllt. So lag die Wahlbeteiligung bei Volksabstimmungen in der Schweiz, die dort bis zu vier Mal im Jahr stattfinden, in den letzten Jahren durchschnittlich bei nur 47 %. Auch an regulären Schweizer Wahlen nimmt häufig nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten teil, während die Beteiligung an der letzten Bundestagswahl bei 82,5 % lag. Eine 2017 veröffentlichte Studie des belgischen Centre for Citizenship and Democracy ermittelte außerdem, dass sich Personen mit eher niedrigem Bildungsgrad und geringem Einkommen bei direktdemokratischen Verfahren weniger beteiligen. Auch abseits von Volksabstimmungen sei das politische Engagement in den entsprechenden Bevölkerungsgruppen in europäischen Ländern mit einem vergleichsweise hohen Grad direkter Demokratie tendenziell niedriger. Erklärt wird diese ungleiche Beteiligung unter anderem damit,

”

Ähnlich wie bei Wahlen besteht die Gefahr einer einseitigen Einflussnahme auf die öffentliche Meinung durch bestimmte Politiker:innen und Medien, polemisch geführte Debatten und Desinformationskampagnen.

“



dass die erhöhten Beteiligungsanforderungen die genannten sozioökonomischen Gruppen stärker belasten. Somit würden vor allem Menschen mit einem höheren Bildungsabschluss und Einkommen von der Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten profitieren.

Spannungen können zudem entstehen, wenn aufgrund von geringer Wahlbeteiligung oder einem knappen Ergebnis ein verhältnismäßig geringer Bevölkerungsanteil für eine wegweisende Entscheidung verantwortlich ist, das Resultat aber trotzdem als starkes Mandat behandelt wird. Auch große Unterschiede im Abstimmungsverhalten verschiedener Wähler:innengruppen, wie im Falle des Brexit-Referendums, können zu Problemen führen. Hier stellt sich zudem die Frage, wie und unter welchen Umständen die Wiederholung einer Volksabstimmung möglich sein sollte, wohingegen durch das Parlament verabschiedete Gesetze deutlich leichter zu revidieren sind. Vorstellbar ist weiterhin, dass Volksabstimmungen als „Denkzettelwahlen“ für die bestehende Regierung genutzt werden, sodass nicht mehr die eigentliche Sachfrage im Vordergrund steht. Nicht zuletzt könnten die Interessen von Minderheiten bei einem Mehrheitsentscheid übersehen werden.

Eindrücklich beschreibt Rudolf G. Adam in seinem Buch „Volkswille – Ideal oder Illusion?“ (2024), wie ein durch Politiker:innen manipuliertes bzw. stark beeinflusstes Ergebnis als vermeintlich gewichtige Legitimationsgrundlage für politische Entscheidungen oder das eigene Mandat inszeniert werden kann. Auch ohne direkte Wahlmanipulation können Volksabstimmungen von den Mächtigen auf vielfältige Weise beeinflusst werden, zum Beispiel durch die Fragenformulierung, die Festsetzung des Abstimmungsdatums und öffentlichkeitswirksame Kampagnen. Dies würde insbesondere populistischen Parteien in die Karten spielen.

Fazit: Zwischen Verbundenheit und Spaltung

Der offizielle Abschlussbericht des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“ zieht ein positives Fazit. Die Teilnehmenden hätten nach eigener Aussage überwiegend von dem Projekt profitiert und die erarbeiteten Vorschläge seien dem Auftrag gerecht geworden. Auch in einer im Rahmen der Projektevaluation durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfrage sprechen sich 85 % tendenziell für die Durchführung weiterer Bürgerräte aus (Februar/März 2024); laut der oben zitierten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen sich knapp zwei Drittel offen für Bürgerräte. Und doch gibt es nach wie vor kein kostenfreies Mittagessen für Kindergarten- und



Schulkinder. Auch die übrigen Empfehlungen wurden zwar in Bundestagsausschüssen beraten, aber bislang nicht umgesetzt.

Selbstredend sind deliberative und direktdemokratische Formate in modernen Demokratien als Ergänzung, nicht als Ersatz des repräsentativen Systems zu verstehen. In diesem Sinne sollten sie wohldosiert eingesetzt werden – zum Beispiel bei alltagsnahen Themen, ethisch-moralischen Fragen oder in Bereichen, die Politiker:innen unmittelbar betreffen, wie dem Wahlsystem oder der Parteienfinanzierung. Darüber hinaus sind klare und transparente Richtlinien zu Beteiligungs- und Zustimmungsquoten, Verbindlichkeit der Entscheidungen und (bei deliberativen Formaten) Aufträgen und Zielen notwendig, um nur einige Anforderungen zu nennen. Letztlich könnten insbesondere Bürgerräte Verbundenheit und Demokratiebewusstsein fördern. Durch einen verstärkten Einsatz auf regionaler und kommunaler Ebene könnte die Beteiligung zudem mehr Bürger:innen ermöglicht werden. Bei direkter Demokratie besteht hingegen eine nicht unerhebliche Gefahr zunehmender Spaltung, weshalb Volksabstimmungen mit Vorsicht angewendet werden sollten.

Wie könnte es in der nächsten Legislaturperiode weitergehen? Für die Fortführung von Bürgerräten sprechen sich insbesondere SPD, Grüne, Die Linke und Volt aus, explizit abgelehnt werden sie von der AfD. Diese befürwortet hingegen Volksabstimmungen, ebenso wie die Linkspartei und das BSW. Skeptisch gegenüber direkter Demokratie äußern sich die Union, Grüne, FDP und Volt. Angesichts einer voraussichtlich unionsgeführten Regierung ist also fraglich, ob es in nächster Zeit zur Umsetzung deliberativer und direktdemokratischer Konzepte kommen wird.

UND WIR MITTENDRIN

IM GESPRÄCH MIT THEATERSCHAFFENDEN

RAPHAELA SCHMID

Mit Theater die Welt verändern? Dieses Ziel verfolgt das Junge Ensemble des freien Theaters Marabu in Beuel. Seit einem halben Jahr stehen sie mit dem Stück Und wir mittendrin regelmäßig auf der Bühne und suchen gemeinsam mit dem Publikum „nach dem verloren gegangenen Einverständnis“, wie wir in Zukunft zusammen als Gesellschaft miteinander leben wollen.



In einem Gespräch mit Tina Jücker sowie den mitwirkenden Schauspielerinnen Mila Koslowsky und Veronika Rachor erhielt ich mehr Einblicke in ihre Arbeit und deren Wirkung – sowohl auf das Publikum als auch auf sie selbst.

Auslöser für das Stück waren die politisch-gesellschaftlichen Ereignisse, die bis heute keinen Funken an Aktualität verloren haben. Sie führten dazu, dass sich Tina Jücker und Claus Overkamp von der künstlerischen Leitung des Theaters in der Verantwortung sahen, die Kraft des Theaters zu nutzen, um etwas gegen den Rechtsruck und für ein demokratisches Zusammenleben zu unternehmen.

Tina geht auf inhaltliche Fragen ein, die im Stück aufgegriffen werden: „Wie reden wir miteinander? Warum hören wir uns nicht mehr zu? Warum sind so schnell die Fronten verhärtet? Wie nehmen wir unseren Umgang miteinander wahr? Wie schnell haben wir das Gefühl, dass es emotional hochkocht? Wie werden Ängste geschürt, die dann dazu führen, dass bestimmte Meinungen vertreten werden? Populismus ist ein zentrales Thema.“

Dabei ist es dem Ensemble wichtig, eine Verbindung zum Publikum herzustellen, Identifikationen zu suchen und Gefühlen Raum zu geben, anstatt von oben herab erklären bzw. „theatersplainen“ zu wollen – also ein Stück, bei dem Demokratie



hautnah ge- und belebt wird. Das Publikum sitzt daher auch nicht wie gewohnt frontal, sondern zu beiden Seiten des Geschehens und wird zu einem essentiellen Element des gesamten Stücks.

Der Titel Und wir mittendrin fängt das alles auf. Doch wer ist wirklich mit wir und was mit mittendrin gemeint?

Veronikas Version lautet:

„Ich verstehe den Titel immer so, dass wir uns alle meint und das auch auflösen soll, dass wir nur als Performer auf der Bühne stehen und diese Kulturschaffenden sind, sondern wir Teil der Masse sind. Wir wollen die Zuschauenden auch mitnehmen als: Hey, wir alle leben hier und haben diese politische Lage und es geht uns alle was an. Es sind alle, die in diesem Moment in dem Raum sind, alle, die mit uns das mitkriegen, was hier passiert in dem Land.“

Ich glaube, keiner von uns kann sich dem entziehen und deswegen fand ich dieses mittendrin immer sehr passend als wir sind eh schon drin, dann können wir jetzt auch was tun.“ Milas Interpretation geht in eine ähnliche Richtung:

„Für mich ist das auch tatsächlich eine Beschreibung von diesem Gefühl, mit dem ich oder viele durch die Welt gehen, dass das Thema immer da ist und wir uns dem nicht entziehen können und wir mittendrin sind und wir alle auch gemeinsam mittendrin sind. Für mich ist das wir alle, die dann an den Abenden bei uns im Stück sind, sowohl auf der Bühne als auch im Publikum.“

”

Es sind alle, die in diesem Moment in dem Raum sind, alle, die mit uns das mitkriegen, was hier passiert in dem Land.



Insbesondere während der Stückentwicklung haben sie sich sehr oft mit der Frage auseinandergesetzt, was eine Demokratie braucht, damit sie funktioniert, und ob es überhaupt so etwas wie einen Grundkonsens geben kann, wie wir als Gesellschaft leben wollen – auch im Stück wird diese Frage behandelt. Wichtig sei ein kleinster gemeinsamer Nenner, so Veronika:

„Ich hoffe sehr, dass es ein Bild oder eine Vision gibt von der Zukunft, womit wir alle uns identifizieren können. Zum Beispiel der Konsens, dass wir respektvoll miteinander umgehen wollen, wäre vielleicht mal ein Anfang, aber da sind wir auch sehr auf der Suche.“

Tina sieht es ähnlich: „Es geht viel um dieses Wieder-Brücken-Bauen, weil wir das Gefühl haben, es verhärten sich die Fronten in verschiedensten Diskussionen und der Austausch miteinander ist immer schwieriger. Damit eine Diskussion funktionieren kann, braucht es ein grundsätzliches Interesse an der Meinung der

anderen Person.“

„Wie einfach wäre es, wenn man einfach jemanden hätte, die uns sagt, was zu tun ist und dann haben wir eine schöne galaktische Diktatur. Das kann es auch nicht sein, wir müssen schon selbst aktiv werden, wir müssen, auch wenn es mühsam ist, es selbst in die Hand nehmen.“ Die Aufführungen finden sowohl vor einem Abendpublikum als auch vor Schulklassen statt – Stichwort Bubbles:

„Die Menschen, die abends kommen, das ist ja nun mal im Theater so, es ist oft das gutbürgerliche Publikum und es sind auch oft diejenigen, die unserer Meinung sind und in den Schulvorstellungen haben wir eben auch Schüler und Schülerinnen, die da anderer Meinungen sind und da gab es auch schon rassistische oder diskriminierende Aussagen, wo wir auch schlucken mussten, aber trotzdem machen wir es ja genau deshalb, um uns auch mit Menschen auseinanderzusetzen, die anderer Meinungen sind.“

Im Gegensatz zu anderen Instanzen von Partizipation hat Theater die Kraft, Themen emotionaler, berührender und inspirierender rüberzubringen, und vor allem: Theater verbindet! So sieht es zumindest die künstlerische Leitung:

„Also im besten Fall verändert das Theater die Zuschauenden, die dann vielleicht die Welt verändern. Wir sind schon froh, wenn es unsere Zuschauenden so verändert, dass sie raus in die Welt gehen mit einem anderen Blick und einer anderen Perspektive auf Fragestellungen. Theater oder Kulturschaffende gucken einfach vielleicht ganz anders auf Fragestellungen, als die Politik das macht.“

„Wir haben Theater angefangen, weil wir sagen, wir möchten gerne, dass die Zuschauenden erfahren, dass die Welt veränderbar und gestaltbar ist.“

Die Besonderheit des Theaters liege im kollektiven Erleben. Spaß und Humor müssten immer Bestandteil sein, auch wenn es um Tod oder Krieg geht, denn Theater bedeute auch Hoffnung und Zuversicht.

Doch auch wenn sich beim Publikum nichts ändert, allein schon das Reflektieren bestimmter Themen führe dazu, dass sich etwas in den beiden Schauspielerinnen selbst verändert:

„Bei jedem Stück, das ich bisher hier gemacht habe, habe ich mich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt und bin für mich selbst ein Stück weitergekommen und habe mich da persönlich weiterentwickelt. Und ich finde, dass das allein schon Punkt genug ist, weiterzumachen.“

„Ich habe das Gefühl, allein durch die Beschäftigung, dadurch mit anderen Menschen einfach wirklich viel über so ein Thema zu reden, hilft mir das immer sehr, für mich selber auch damit klarzukommen, das weiterzudenken, etwas mitzunehmen.“

Es geht dem Ensemble also nicht nur darum, andere Menschen zu beeinflussen, sondern auch um die Verarbeitung eigener Gefühle und (politischer) Ereignisse und dadurch selbst einen Mehrwert daraus ziehen zu können.

Denkt ihr, Theater ist eine zielführende Form politischer Bildungsveranstaltung? Warum? Warum nicht?

Um euch ein eigenes Bild davon zu machen, gibt es im Mai und Juni noch die Möglichkeit, Und wir mittendrin selbst zu erleben. Die genauen Termine sind auf der Website des Theaters Marabu aufgelistet: <https://www.theater-marabu.de/stueck/und-wir-mittendrin/>



„Wir haben Theater angefangen, weil wir sagen, wir möchten gerne, dass die Zuschauenden erfahren, dass die Welt veränderbar und gestaltbar ist.“

“



KARRIERE IN DER DIPLOMATIE

ZWISCHEN VERBUNDENHEIT UND SPALTUNG

DANIEL CAUTNIC

Laut einer Studie sind die beliebtesten Zielbranchen Studierender Bildung, Forschung, Gesundheitswesen, Medien, IT, und vieles mehr. Nun nehmen sich nicht viele Studierenden vor, in die Diplomatie einzutreten, obwohl es einen vielfältigen Bereich darstellt. Die Diplomaten spielen eine Schlüsselrolle bei der Förderung von Verbundenheit zwischen Staaten durch Dialog, Verhandlungen und internationale Zusammenarbeit. Gleichzeitig können sie aber auch mit Spaltung konfrontiert sein, etwa wenn geopolitische Konflikte eskalieren oder nationale Interessen unvereinbar erscheinen. Dank der spannenden Herausforderung der Diplomatie würde man gerne wissen, wie man sich beginnend mit der Studienzeit auf eine solche Karriere vorbereiten kann. Deshalb ist es eine große Ehre, persönliche Einblicke und wertvolle Hinweise für eine erfolgreiche diplomatische Karriere von der Konsulin der Bundesrepublik Deutschland in Hermannstadt, Frau Kerstin Ursula Jahn, zu erhalten.



Bitte stellen Sie sich kurz vor.

Ich bin Kerstin Ursula Jahn und seit dreieinhalb Jahren Konsulin der Bundesrepublik Deutschland in Hermannstadt. 1987 bin ich zum Auswärtigen Amt gekommen, nachdem ich meine Kindheit und Jugend im Ruhrgebiet, in Essen, verbracht habe. Dort habe ich ein Fachhochschulstudium im Bereich auswärtige Angelegenheiten absolviert – heute würde man das ein duales Studium nennen. Seitdem war ich viel in Europa, ein wenig in Afrika und natürlich auch immer wieder in Deutschland. Jetzt bin ich seit dreieinhalb Jahren hier in Rumänien, in dem schönen Siebenbürgen.

Wie haben Sie sich für ihr Studium entschieden?

Es gibt Menschen, die sagen, es gibt keine Zufälle; für andere würde ich sagen: durch Zufall. Schon in der Schulzeit hatte ich sowohl eine Begabung als auch eine große Leidenschaft für fremde Sprachen. Ich habe etwas gesucht, wo Fremdsprachen wichtig sind, und habe überlegt, ob ich Sprachen studieren sollte. Die Studienberatung hat mir damals davon abgeraten. Sie meinten, ich solle zuerst eine kaufmännische Ausbildung machen, anschließend dann könnte man immer noch Sprachen studieren. Irgendwann kam über eine Arbeitskollegin meiner Mutter, die jemanden kannte, der jemanden kannte, der im Auswärtigen Amt arbeitete, die Idee, ob das etwas für mich sein könnte. Das war tatsächlich vor der Zeit des Internets. Ich ließ mir Unterlagen vom Auswärtigen Amt schicken, informierte mich, bewarb mich, durchlief das Auswahlverfahren, das damals wie heute echt aufwändig war, und es hat geklappt. Ich habe mich gefreut.

Sie haben bereits die Sprachen erwähnt. Gab es auch andere Gründe, warum Sie sich gewünscht haben, Diplomatin zu werden?

Tatsächlich, ganz ehrlich und unbedarft: Nein. An aller-

erster Linie waren es die Sprachen, die mich angezogen haben, als ich die Informationsmaterialien über dieses Fachhochschulstudium und über den weiteren Werdegang der möglichen Gesellen durchgesehen habe. Das hat mich total gereizt. Während des Fachhochschulstudiums und jetzt während des Dualstudiums ist ein langer Praktikumsenteil an einer deutschen Auslandsvertretung schon enthalten, und das fand ich total attraktiv. Ehrlich gesagt war das für ein Ruhrpott-Kind damals alles andere als selbstverständlich – umso mehr faszinierte mich die große, weite Welt. Rückblickend muss ich klar sagen: Mit 19 Jahren konnte ich mir kaum vorstellen, was es wirklich bedeutet, alle vier Jahre an einem neuen Ort zu leben. Auch hatte ich mich nicht intensiv damit auseinandergesetzt, welche konkreten Aufgaben mich erwarten würden – zumal der sogenannte gehobene Dienst stark auf Verwaltungstätigkeiten ausgerichtet ist. Darüber habe ich mir damals nicht so viele Gedanken gemacht. Das hat mich sehr gereizt, eben Sprachen lernen zu können und die Möglichkeit zu haben, für längere Zeit in anderen Ländern und Kulturen zu leben.

Als Diplomatin haben Sie sicherlich viele besondere Momente erlebt. Könnten Sie einen davon mit uns teilen?

Es ist schwierig auszuwählen, weil mir gleich mehrere Momente in den Sinn kommen. Ein ganz besonderer Moment war in Burkina Faso, wo ich das Glück hatte, ein Alphabetisierungszentrum einweihen zu dürfen, das mit Mitteln des Auswärtigen Amtes gefördert wurde. Es liegt in der Nähe der Hauptstadt Ouagadougou, sodass man in ein bis zwei Stunden mit dem Auto dorthin fahren konnte – wirklich, wirklich im Busch.

Eine gesamte Dorfgemeinschaft, wenn man es so nennen kann, denn sie sind über weite Flächen verstreut, hat mich in besonderen Trachten erwartet, mich am Auto abgeholt und mit landestypischen Instrumenten zu dem eigentlichen Gebäude begleitet, das wir dort gebaut haben. Diese Freude der Menschen in der Hitze eines Sahel-Landes zu erleben, war beeindruckend. Besonders für die Menschen, insbesondere Frauen, die bereits einen großen Teil ihres Lebens hinter sich hatten, haben wir nun einen Raum geschaffen, der den Schutz vor Wind, Sonne und Wetter bietet.

Wir haben einen festen Anlaufpunkt errichtet, wo wir ungestört sein können. Es war ein unglaublich intensiver Moment, in dem ich wirklich gedacht habe: Deswegen bin ich zum Auswärtigen Amt gegangen.

Was macht Ihnen am meisten Spaß, Diplomatin zu sein?

Ich weiß nicht, ob das unbedingt mit dem Diplomatin-Sein verbunden ist, aber was mir am meisten Spaß macht, ist, auf andere Menschen zuzugehen, herauszufinden, wie sie empfinden, was für sie wichtig ist, welche Teile ihrer Geschichte bedeutend sind und welches Bild sie von Deutschland haben. Ich schaue, ob ich das so stehen lassen kann oder ob ich etwas Positives daran verändern kann. Dieses In-Kontakt-Treten mit den

Menschen des Gastlandes ist für mich das Schönste an meinem Beruf.

Eben weil es im diplomatischen Bereich so viele Veränderungen gibt, können Sie drei Charaktereigenschaften nennen, die Ihrer Meinung nach für Diplomatinen und Diplomaten essenziell sind?

Höflichkeit. Offenheit. Klarheit.

Ich denke, Klarheit ist wichtig, um den eigenen Standpunkt zu definieren. Für Diplomaten ist es immer sehr wichtig zu wissen, woher sie kommen, wofür sie stehen, was sie vertreten wollen und was sie erreichen möchten. Wenn ich meinen eigenen Standpunkt nicht klar habe, kann ich keine Ergebnisse erzielen. Wenn ich weiß, was für mich und das Land, das ich vertritt, wichtig ist, dann weiß ich auch, wo Kompromisse möglich sind und wo sie nicht eingegangen werden können.



Um diese zu erzielen oder auch mal klare Linien aufzeigen oder klare Grenzen ziehen zu können, ist Höflichkeit eines der obersten Gebote. Offenheit ist ebenfalls wichtig, um trotz vielleicht klarer eigener Positionen die Positionen des Gegenübers zunächst wertfrei wiedergeben zu können.

In der heutigen Gesellschaft entstehen viele Spaltungen – ein Phänomen, das es auch in der Vergangenheit gab. Ein historisches Beispiel dafür ist die einstige deutsch-französische Feindschaft, die sich im Laufe der Zeit in eine enge Freundschaft gewandelt hat.

In der lokalen Presse war zu lesen, dass Sie am 22. Januar 2025 hier in Hermannstadt den 62. Jahrestag des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags gefeiert haben. Das führt zu der Frage: Inwieweit können Diplomaten dazu beitragen, solche Spaltungen zu überbrücken?

Der Élysée-Vertrag ist ein wunderbares Beispiel dafür,

wie zwei Nationen ein schwieriges Verhältnis überwinden können. Durch den politischen Willen, der sich in diesem Vertrag manifestiert hat, finden sie den Weg aus dieser Feindschaft, hin zu einer fundierten, tiefen Freundschaft.

Ich möchte zwei zentrale Punkte aus diesem Vertrag hervorheben. Zum einen ist da der Jugendaustausch des Deutsch-Französischen Jugendwerks, der von existenzieller Bedeutung ist. Dieser Austausch ermöglicht es tausenden Jugendlichen, im jeweils anderen Land wertvolle Erfahrungen zu sammeln, Freundschaften zu schließen und sogar gemeinsam zur Schule zu gehen. Zudem können sie an zahlreichen Aktivitäten teilnehmen. Es gibt kaum etwas, das so effektiv dazu beiträgt, Vorurteile abzubauen, wie der Austausch junger Menschen.

Das zweite ist etwas Persönlicheres. Im Élysée-Vertrag wurde auch ein Beamtenaustausch zwischen den Außenministerien vereinbart. Einmal im Jahr tauschen sich jeweils ein Beamter im gehobenen Dienst und einer im vergleichbaren höheren Dienst aus. Davon habe ich profitieren dürfen, als ich von 2002 bis 2003 deutsche Austauschbeamtin im französischen Außenministerium war. Es war eine extrem bereichernde Erfahrung, als vollständiges Mitglied des Quai d'Orsay ein ganzes Jahr mitzulaufen und wie eine französische Beamtin zu arbeiten. So hatte ich die Möglichkeit, das französische System wirklich aus erster Hand kennenzulernen. Gleichzeitig gab es einen französischen Austauschbeamten im gehobenen Dienst, der in Berlin war. Näher kann man Beamtinnen und Beamte eines ehemaligen Feindeslandes wirklich nicht bringen – es ist eine wunderbare Erfolgsgeschichte.

Wenn ich noch etwas hinzufügen darf: Als Sie mich fragten, ob ich ein besonderes Erlebnis teilen möchte, schwankte ich zunächst zwischen zwei Momenten. Nun möchte ich den anderen Augenblick erzählen. Ich war

auf meinem allerersten richtigen Auslandsposten für fast fünf Jahre in Lyon am Generalkonsulat. Das war Anfang der neunziger Jahre, und der Prozess gegen den grausamen Nazi Klaus Barbie, den sogenannten „Schlächter von Lyon“, lag noch nicht lange zurück. Er wurde in Bolivien gefasst und danach nach Frankreich überstellt. Sein Prozess fand in Lyon statt, wo er sein grausames Werk getrieben hat. Das war erst ein paar Jahre her und hat die französische Gesellschaft sehr aufgerührt.

In diese Situation geriet ich, und während dieser Zeit pflegten wir mit unserem Generalkonsulat ein äußerst „low profile“. Das ging so weit, dass wir zum Beispiel die deutsche Fahne nicht täglich gehisst haben, sondern nur an ganz bestimmten Tagen im Jahr, aus Rücksicht auf die sensible Umgebung. Ich habe in den wenigen Jahren, in denen ich da war, erlebt, wie sich das wandelte. Vielleicht sind die Menschen uns durch den Prozess der Heilung, den die Gesellschaft durchlaufen ist, offener entgegen getreten.

Wir hatten damals einen G7-Gipfel in Lyon, und das Viertel, in dem sich das Generalkonsulat befand, war in deutschen Farben geschmückt. Dieser Wechsel von starker Ablehnung und großer Skepsis hin zu Offenheit und Freundlichkeit hat mich bis heute berührt. Ich glaube, es hat mein Leben ein Stück weit geprägt.

Wir haben jetzt in Rumänien, in Siebenbürgen, viel über Frankreich gesprochen. Daher möchte ich mir erlauben zu sagen, dass mein aktuelles Gastland Rumänien, speziell Siebenbürgen, ist. Wir haben 2022 dreißig Jahre deutsch-rumänische Freundschaft gefeiert, zu deren Anlass ein schönes „Street Art“-Gemälde von einem örtlichen Künstler an unserem Konsulat angebracht wurde. Dies ist, neben der deutsch-französischen Freundschaft, ein herausragendes Beispiel dafür, wie Spaltungen überwunden werden können und wie Einigkeit und Freundschaft entstehen können.



Welche Tipps würden Sie zum Schluss Studierenden geben, die in den diplomatischen Dienst wollen?

Es gibt ein Praktikantenprogramm beim Auswärtigen Amt. Es ist immer eine gute Idee, sich darüber auf der Homepage des Auswärtigen Amtes zu erkundigen und zu schauen, ob es die Möglichkeit gibt, für mehrere Wochen oder Monate bei einer deutschen Auslandsvertretung, wo auch immer, wirklich reinschnuppern. Das ist, glaube ich, immer bereichernd und kann sicherlich helfen. Wie ich bereits sagte, sind Sprachenaffinität, Klarheit und Freude am tieferen Kennenlernen anderer Kulturen entscheidend. Man kann reisen und alle Länder der Welt bereisen. Etwas anderes ist es, wenn man wirklich vor Ort für mehrere Jahre lebt.

Man sollte im Hinterkopf behalten, dass es tatsächlich eine Art Nomaden-Dasein ist, da man mindestens alle vier Jahre, manchmal sogar in kürzeren Abständen, komplett aus allem herausgerissen wird – sowohl aus dem, was man beruflich als auch privat in den letzten Jahren aufgebaut hat – und an einem völlig neuen Ort neu anfängt. Es ist sehr bereichernd, kann aber auch mitunter sehr schwer sein. Man muss sich fragen: Kann die Familie das mittragen? Kann die Ehepartnerin oder der Ehepartner, die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner das mittragen? Es ist eine Entscheidung, die man mitunter sehr früh im Leben trifft, etwa wenn es um den gehobenen Dienst geht, häufig direkt nach dem Abitur. Diese Entscheidung stellt eine große Umstellung für das gesamte Leben dar.

Letztens habe ich in Bonn eine ehemalige Nachbarin getroffen, die sich sehr lebhaft daran erinnerte, wie ich zuletzt Abschied genommen habe, um wieder ins Ausland aufzubrechen. Sie sagte mir, dass sie immer noch darüber nachdenkt und sich fragt, warum man sich so etwas antut. Man tut sich das an, weil es so bereichernd ist und weil man immer wieder sehr intensive Jahre hat. Jeder Auslandspost ist anders, und es ist jedes Mal neu, wenn ich wieder nach Deutschland zurückkomme und dort arbeite. Ich kann mein Leben sehr klar einteilen. Jede und jeder, die/der/das, was ich sage, anspricht, sollte darüber nachdenken, ob das nicht etwas für sie oder ihn sein könnte. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass es im Auswärtigen Amt, wie in allen Ministerien und im öffentlichen Dienst üblich, unterschiedliche Dienste gibt: einen einfachen, einen mittleren, einen gehobenen und einen höheren Dienst. Das Auswärtige Amt sieht spezielle Vorbereitungszeiten insbesondere für den mittleren, gehobenen und höheren Dienst vor. Alles Weitere kann auf der Homepage des Auswärtigen Amtes gefunden werden. Diese Vorbereitungszeiten sind sehr interessant und anspruchsvoll und können sowohl persönlich sehr bereichernd sein, als auch für größere Ziele und Themen von Nutzen, wie zum Beispiel die deutsch-französische Freundschaft. Auch wenn ich hier zwar nicht riesig mitgewirkt habe, konnte ich auf meiner Ebene, die definitiv nicht die höchste im Auswärtigen Amt ist, – dennoch einen kleinen Beitrag leisten.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

DARUM SOLLTET IHR NICHT AUFHÖREN, MIT EUREN FAMILIEN ÜBER POLITIK ZU SPRECHEN

ARNE SEYFFERT

Wer kennt es nicht: Jedes Jahr trifft sich die Familie zur Familienfeier und jedes Jahr wird über Politik gestritten. Dabei stehen sich immer öfter die gleichen Seiten gegenüber: Auf der einen Seite die junge Generation, die ja gar nicht mehr weiß, was harte und ehrliche Arbeit ist. Auf der anderen Seite steht der ultrakonservative Onkel, der felsenfest davon überzeugt ist, als weißer Mann in Deutschland diskriminiert zu werden. Oft braucht es nur eine einzige kontroverse Bemerkung und schon wird die gemütliche Familienfeier so richtig ungemütlich.

Demokratie lebt von Streit

Ja, solche Gespräche können extrem unangenehm werden. Ja, viele Aussagen unserer Verwandten können uns die Weißglut ins Gesicht treiben. Immer mehr Familien reden deshalb gar nicht mehr über Politik. Ganz nach dem Motto: Wenn nicht über ein Thema geredet wird, gibt es auch keinen Streit. Das bringt aber nichts. Im Gegenteil: Wir verlieren so die Fähigkeit, richtig zu streiten. Streit gehört zu unserer Demokratie – ohne Debatten und Diskussion auch keine Demokratie.

Aus diesem Grund sollten Familien nicht aufhören, über Politik zu reden – das hält unsere Demokratie lebendig und flexibel. Nur weil das Thema nicht mehr angesprochen wird, heißt das nicht, dass es verschwindet. Stattdessen verlagert sich die Diskussion in das Internet. Anonym, ohne realen Gesprächspartner, und zukünftig auch ohne Faktencheck. So lässt sich kaum vernünftig diskutieren und Probleme lösen. Schweigen

schadet unserer Debattenkultur also noch mehr. Dabei ist die gerade jetzt so immens wichtig.

Kleine Diskussionen sind ein guter Start

Die Welt wird immer komplexer. Globale Krisen verselbstständigen sich, Politikerinnen und Politiker zerfleischen sich gegenseitig und die Klimakrise haben die meisten schon vergessen. Trotzdem scheinen immer mehr Menschen zu wissen, wie sie diese ganzen sehr großen Probleme lösen können. Diese Probleme sind wiederum so komplex, dass sie schnell für Unmut am Familientisch sorgen können. Daher sollte man vorsichtig sein, was globale Politik und besonders kontroverse Themen angeht. Natürlich kann man zu jedem Thema eine Meinung haben. Es kann daher hilfreich sein, die großen und komplexen Themen nicht als erstes aufzubringen.

Gerade wenn die Stimmung am Familientisch besonders angespannt ist, sind kleine Diskussionen ein guter Start. Lokale Probleme auf Landes- oder sogar kommunaler Ebene sind mitunter genauso relevant wie die globale Politik, aber einfacher und zugänglicher. Außerdem stehen dann nicht sofort die Grundsatzfragen im Raum. Natürlich muss auch über die großen Fragen unserer Zeit gesprochen werden. Aber nicht dann, wenn die Meinungen darüber schon vorher feststehen und Streit vorprogrammiert ist. Besser, die Familie nähert sich den großen Themen erst an, wenn sie wieder vorurteilsfrei und möglichst ohne Provokation diskutieren kann.

Was dabei gewonnen werden kann

Am Ende profitieren alle von der wiedererlernten Streitfähigkeit. Die Großeltern, die Tanten und Onkel, die Eltern und die junge Generation. Das Gefühl, verstanden und gehört zu werden, ist in Familien extrem wichtig. Auch das ist ein elementarer Teil der Demokratie. Dieses Gefühl schafft auch Vertrauen. Dadurch können zukünftige Konflikte vermieden werden. Wenn Unstimmigkeiten sofort angesprochen und nicht ignoriert werden, hilft das auch, zukünftige Eskalationen zu vermeiden. Wer vorurteilsfrei und ohne emotionalen Ausbruch diskutieren kann, der trifft auch auf mehr Verständnis und Akzeptanz. Das hat noch einen weiteren Effekt.

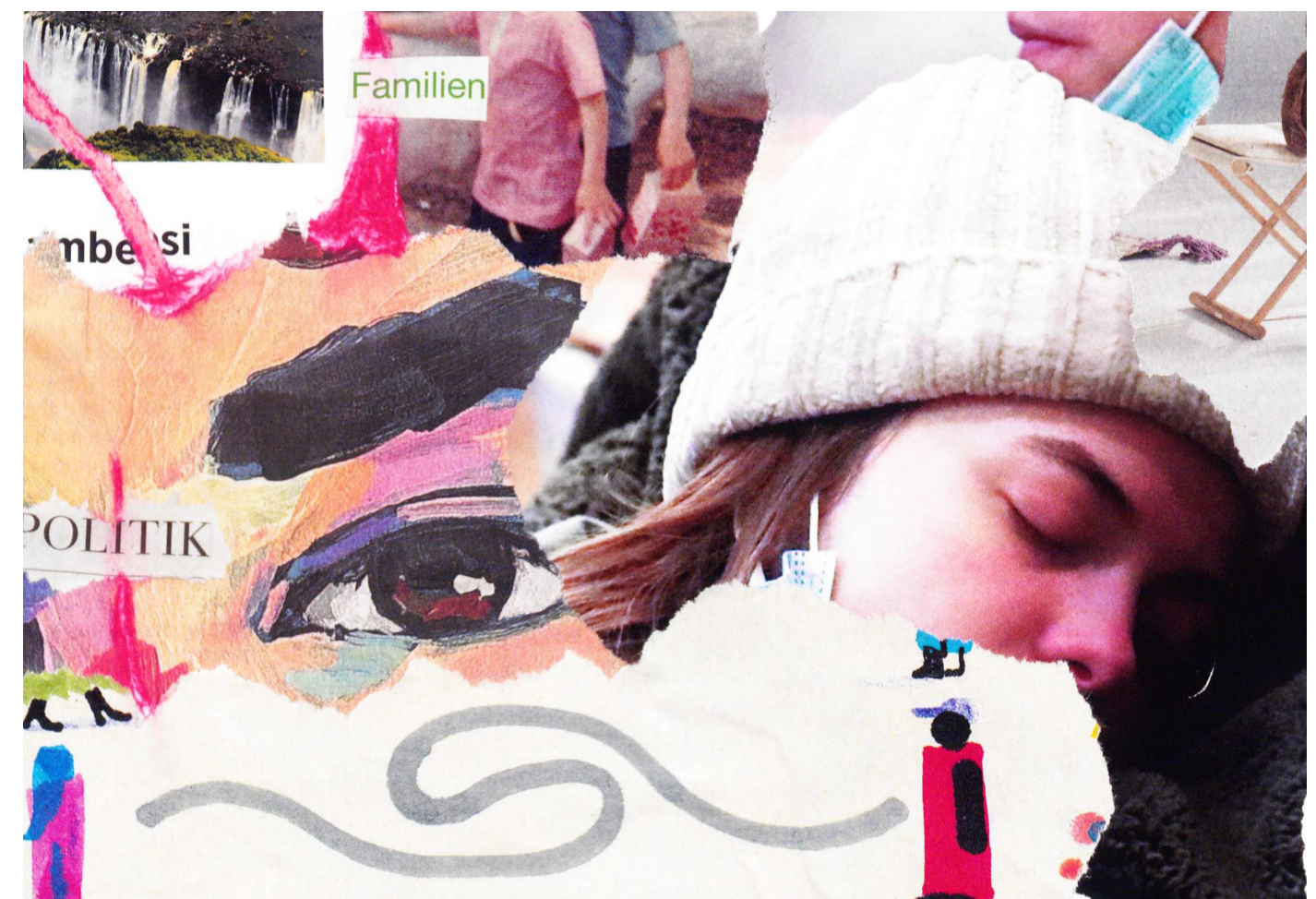
Das Gefühl, verstanden und gehört zu werden, ist in Familien extrem wichtig. Auch das ist ein elementarer Teil der Demokratie. Dieses Gefühl schafft auch Vertrauen. Dadurch können zukünftige Konflikte vermieden werden. Wenn Unstimmigkeiten sofort angesprochen und nicht ignoriert werden, hilft das auch, zukünftige Eskalationen zu vermeiden. Wer vorurteilsfrei und ohne emotionalen Ausbruch diskutieren kann, der trifft auch auf mehr Verständnis und Akzeptanz. Das hat noch einen weiteren Effekt.

”

Schweigen schadet unserer Debattenkultur.

“

Auch wenn es mal nicht um Politik geht, streitet sich die Familie manchmal. Der Streit über Politik kann also eine Übung sein. Dann ist es auch einfacher, sachlich und vorurteilsfrei über andere Dinge zu streiten. Mit anderen Worten: Je mehr die Familie über Politik diskutiert, desto besser kann sie auch über kontroverse Familienangelegenheiten sprechen.





Analog Fotostrecke

RED

von Rebecca Größ-Ahr





WER BIN ICH – UND AUF WELCHER SEITE?

AZAR KASIMJANOV

Unsere Welt ist chaotisch. Besonders dieser Tage, da kein Ende all der sich überlagernden Krisen in Sicht scheint. Da ist es beruhigend, dass wir zumindest uns selbst und unsere Mitmenschen in simple Schubladen einordnen können: Links-Grüne, die sich gern als Moralapostel:innen über andere erheben. Die verlorene Jugend mit ihrem endlosen Strom an gedankenlosen Kurzvideos. Neoliberale, die für Wirtschaftswachstum und Rendite auch mal die Umwelt brennen lassen. Oder Verbeamtete mit ihrer Blockade gegen alles Digitale, weil sie ja eh nicht gefeuert werden können.

All diese Gruppen, geschweige denn unsere wilden Charakterisierungen von ihnen, müssen keinen Sinn ergeben, damit wir anhand von ihnen unsere Umwelt ordnen. Es gibt einfach zu viele Menschen in dieser Welt, um die Bandbreite an Wünschen, Lebensweisen, oder Erfahrungen verarbeiten zu können. Egal, wie unfair es ist: Früher oder später können wir nicht anders, als Leuten grobe Stempel aufzudrücken. Uns selbst lassen wir davon nicht unverschont: Wir beschreiben uns lieber mit simplen Begriffen wie extrovertiert, linksalternativ, oder People-Pleaser, statt zuzugeben, dass sie uns und andere irreführen.

Der Denker Sokrates aus dem antiken Griechenland wird vielerorts als Vater der Philosophie anerkannt. Ihm

wird nachgesagt, eingehend verstanden zu haben, wie viel er eben nicht wusste. Durch systematisches Hinterfragen offenbarte er, wie oft Menschen ihr Verständnis überschätzten. Ihn mag das zu Ruhm geführt haben – doch wir wollen doch lieber als Wissende wahrgenommen werden. Vom Mietendeckel über Angriffskriege zur Schuldenbremse: Eine politisierte Welt verlangt jederzeit eindeutige Positionierungen mit selbstbewussten Argumentationen. Und wenn man sich mal dabei ertappt, gar nichts über die Wirkung eines Sondervermögens zu wissen, kombiniert man eben ein paar vage Ideale mit einem passenden Argument aus jenem Podcast, dem man mal halb zugehört hat. Und klopft sich im Nachhinein auf die Schulter, wenn die gespielte Kompetenz nicht aufflog.

Es wäre natürlich peinlich, irgendwann mit mehr thematischer Einsicht einen anderen Blickwinkel zu haben. Da sucht man lieber nach mehr Argumenten, die die bestehende Weltsicht bestätigen. Meinungen genießen also einen fabelhaften Ruf. Eindeutige, laut vorgetragene Positionierungen sind die Norm, während ein vorsichtiges Abwägen und Gewichten eher als Unsicherheit, statt als Besonnenheit gesehen wird. Dabei stellen sich Meinungen immer wieder als falsche Freund:innen heraus: Was wir gut und schlecht finden, hat viel mit unserer Erziehung, prägenden Erfahrungen, konsumierten

”

Eindeutige, laut vorgetragene Positionierungen sind die Norm, während ein vorsichtiges Abwägen und Gewichten eher als Unsicherheit, statt als Besonnenheit gesehen wird.

“



Inhalten, großen Vorbildern, oder überzeugenden Freunden zu tun. Lediglich schlichte Grundideen zu kombinieren ist sicherlich angenehmer, als jedes Thema in neuem Licht zu betrachten. Das fördert aber eine vereinfachte Weltsicht, die eine beunruhigende Nähe zum Ideologischen besitzt: Wenn offensichtlich „der Markt schon alles regelt“, gibt man sich übereilig mit Deregulierung als Allheilmittel zufrieden, während man die Komplexität der uns umgebenden Systeme übersieht.

Es ist nicht leicht, sich einzugestehen, dass die eigenen Ansichten maßgeblich vom Umfeld geprägt wurden. Doch es ist notwendig, um nicht blind vor falscher Selbstverständlichkeit zu werden. Kehrt man alle Wähler:innen einer Partei unter denselben Teppich, so ignoriert man, dass Leute mit völlig unterschiedlichen Gedankengängen und diversen Persönlichkeiten dieselbe Wahlentscheidung treffen können. Dann geht man schnell davon aus, die gesammelte Vielfalt weiche nicht von

”

Es ist nicht leicht, sich einzugestehen, dass die eigenen Ansichten maßgeblich vom Umfeld geprägt wurden. Doch es ist notwendig, um nicht blind vor falscher Selbstverständlichkeit zu werden.

“

einem verzerrten Stereotyp ab. Statt ins lebendige Gespräch zu kommen, erwartet man von Anfang an unvereinbare Differenzen. Und glaubt irgendwann selbst, nie mit einer FDP-Wählerin zurechtzukommen oder mit einem Linken-Wähler ein pragmatisches Gespräch führen zu können. Ohne es je versucht zu haben.

Genauso fällt es einem dann leicht, die eigene Entscheidung als die einzig sinnvolle zu betrachten. Immerhin hat man ja gründlich sachlich abgewogen und ausgerechnet, während so viele Opfer von Populismus seien und sich von Wut leiten ließen – Beeinflusst sind immer die anderen. Träge, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken, laufen wir Gefahr, uns mit zu ähnlichen Ansichten zu umgeben und so wertvollen vielseitigen Diskurs zu ersticken. Diese Sichtweise darf nicht als Einladung zur Gleichgültigkeit verstanden werden: Wer demokratische Grundwerte nicht respektiert, dessen Intoleranz muss kritisiert werden. Doch Kritik muss präzise sein. Stattdessen

führt die empfundene gesellschaftliche Verantwortung zu übereilter Verwendung von Begriffen wie Rassist, Sexist, oder Nazi. Wenn wir dieselben Wörter verwenden, egal ob es um berechnete Sorgen bezüglich Migration oder um Fantasien von Massendeportationen geht, dann fehlen uns die Worte, wenn irgendwann wirklich Falsches geschieht.

Statt uns nur mit einzelnen Positionen zu befassen, können wir uns auch mit den Werten auseinandersetzen, die unseren Urteilen zugrunde liegen. Zum Beispiel kann man sich den Erhalt der Natur als lebenswerte Umgebung für künftige Generationen wünschen oder selbstverantwortlichen Unternehmer:innengeist wertschätzen. Solche Werte für sich zu entdecken, kann einen wesentlichen Teil eines inneren Kompasses bilden, der uns Orientierung, Stabilität, und Kraft gibt, ohne arbiträr für oder gegen etwas zu wettern. Statt die Meinungsbildung abzukürzen, lädt diese Auseinandersetzung dazu ein, konkrete Fragen im Lichte von mehreren, teils in verschiedene Richtungen zeigenden Interessen zu sehen. Und sich zu fragen, wie man einen Kompromiss zwischen mehreren nachvollziehbaren Interpretationen vermittelt. So fühlt es sich auch weniger unangenehm an, seine Meinung zu ändern: Man hat schlichtweg mit denselben Werten eine neue Sichtweise erlangt.

Wir Menschen scheinen von Grund auf für den Umgang mit einer kleinen, gewohnten Gruppe gemacht zu sein. Die gegenwärtige Realität eines globalisierten Planeten mit sofortigem Zugang zu einem Übermaß an Informationen aus allen möglichen Winkeln ist dementsprechend herausfordernd. Ein beachtlicher Teil unseres alltäglichen Stresses und der von uns empfundenen Verlorenheit könnte darauf zurückzuführen sein. Die

Bemühung, sich unter Milliarden noch bedeutend oder einzigartig zu fühlen, ist zum Scheitern verurteilt.

Womöglich sollten wir den Rahmen – zumindest für die Frage nach unserer Identität – etwas kleiner fassen, indem wir unseren Blick auf unser unmittelbares menschliches Umfeld richten. Welche Momente mit meinen Freund:innen sind mir besonders wichtig? Welche Rolle möchte ich innerhalb meiner Familie einnehmen? Wobei kann ich meinen Liebsten helfen, weil ich darin ziemlich gut bin? Was trage ich zu interessanten Gesprächen bei? Wann bin ich stolz auf mich, und wo ist noch Luft nach oben? Wie beeinflusse ich mein Arbeitsumfeld? Welche Werte sind für mich unverhandelbar? In welcher Hinsicht bin ich offen für Neues? Diese Fragen sind weder schnell noch einfach zu beantworten. Dafür sind sie vielleicht der Schlüssel zu einem besseren Verständnis von uns selbst. Damit wir uns nicht in streitende Gruppen teilen, sondern den Mut finden, uns endlich als bedeutender, einzigartiger Bestandteil einer Gemeinschaft zu sehen.



”

Welche Momente mit meinen Freund:innen sind mir besonders wichtig? Welche Rolle möchte ich innerhalb meiner Familie einnehmen?

“

”

Welche Werte sind für mich unverhandelbar? In welcher Hinsicht bin ich offen für Neues?

“

?

?

?

?

?

?

?

?

!

!

!

!

!

!

!

!

!

IM FOKUS

SATELLITEN, RAKETEN UND DER WETTLAUF ZUM MOND – KRIEGE IN UNENDLICHEN WELTEN?

LEANDER SACHS

Das Weltall ist Projektionsfläche ehrgeiziger Raumfahrtprogramme. Geopolitische Konfrontationen verlagern sich zunehmend dorthin. Der folgende Text zeigt Gründe für diese Entwicklungen auf, nennt die wichtigsten Weltraummächte und beschreibt Motivationen hinter den ambitionierten Zielen.

Weltraumpolitik – dieser Begriff, der einem Zukunftsszenario entnommen zu sein scheint, gewinnt zur Beschreibung der internationalen Beziehungen im 21. Jahrhundert immer mehr an Gewicht. Seit Beginn der 2010er Jahre findet eine beispiellose Verstärkung außen- und sicherheitspolitischer Aktivitäten im Weltall statt. Von der NATO wird der Weltraum im Kontext der Kriegsführung als fünfte Dimension bezeichnet. Die übrigen sind Luft, Land, See und der Cyberraum. Im Zuge dessen starten staatliche und private Akteur:innen Raketen und platzieren Satelliten im All, planen den Bau neuer Raumstationen und finanzieren ehrgeizige Mondprogramme. Das Weltall gerät daher auch immer stärker in den Sog internationaler Konflikte: Es lassen sich

geopolitische Konstellationen erkennen, die grob denen auf der Erde entsprechen.

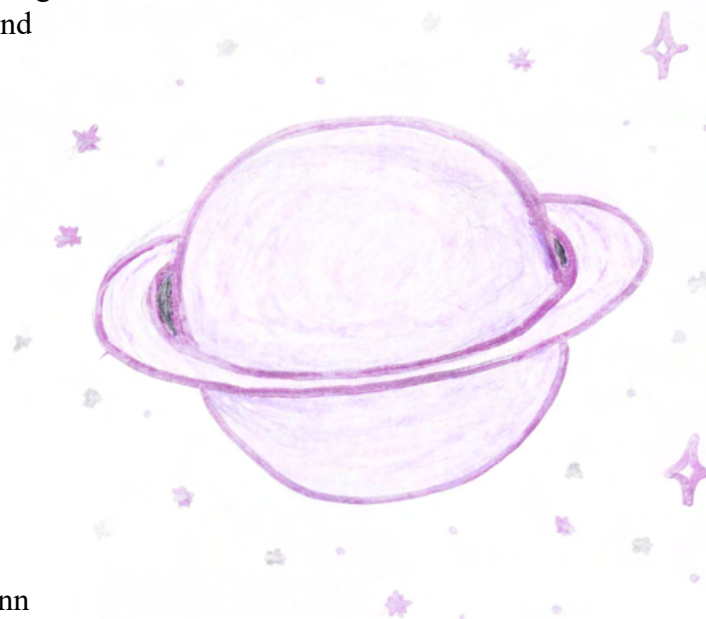
Die wichtigsten Player...

Die USA, die Volksrepublik (VR) China, Russland, Indien, die Europäische Union und Japan gelten gemeinhin als die wesentlichen Weltraummächte in diesem Ringen um die Vorherrschaft im All, die Satellitenkapazitäten aufbauen und eine Rückkehr auf den Mond mit Astronauten anstreben. Zugleich existiert eine weitere Gruppe von Staaten, die zwar hinsichtlich ihrer technischen Kapazitäten und finanziellen Voraussetzungen den erstgenannten (noch) nicht ebenbürtig sind.

Sie gestalten aber gleichfalls die internationale Weltraumpolitik und -kooperation und wollen keinesfalls in dieser strategisch wichtigen Dimension ins Hintertreffen geraten: So z. B. Israel, Saudi-Arabien oder Südkorea.

...und was hat Elon Musk mit dem Weltall zu tun?

Darüber hinaus sind unzählige Privatunternehmen im Weltraum aktiv und insbesondere für die



technologische Weiterentwicklung der Raketen essentiell. Elon Musks Firma SpaceX hat mit dem Bau der Starship-Rakete eindrucksvoll belegt, dass der kommerzielle Sektor die Fähigkeit besitzt, revolutionäre Innovationen für die Erschließung des Weltalls bereitzustellen. Denn das Starship reduziert die Betriebs- und Frachtkosten, indem es mehrfach verwendbar ist und damit einen günstigeren Transport von Menschen und Materialien erlaubt. So sind die Kosten pro Kilogramm Nutzlast auf 150 US-Dollar gesunken. Musk hat außerdem mit seinem Unternehmen Starlink 7000 eigene Satelliten – im Weltall gibt es rund 11.000. Die amerikanische NASA wird für den geplanten bemannten Flug auf den Mond 2027 auf das Starship zurückgreifen – ein klarer Beweis für die technologische und sicherheitspolitische Bedeutung der Firma und das Vertrauen,

”

Musk hat außerdem mit seinem Unternehmen Starlink 7000 eigene Satelliten – im Weltall gibt es rund 11.000

das die NASA in sie setzt. Artemis heißt dieses Vorhaben der NASA, das sich die Rückkehr von Menschen auf den Mond als ambitioniertes Ziel gesetzt hat. Hierzu soll zunächst die Lunar Gateway Station gebaut werden und anschließend das Artemis Base Camp, dessen Errichtung bis Ende 2030 am Südpol des Mondes vorgesehen ist.

Der Südpol des Mondes im Fokus der Geopolitik

Warum ausgerechnet der Südpol des Mondes? Der Südpol des Mondes besitzt eine erhebliche strategische Bedeutung für die internationale Politik, die sich aus seiner Geographie, seinen Ressourcen und seinen physikalischen Eigenschaften ergibt, und ist damit das Objekt der Begierde aller staatlichen Weltraumprogramme. Staaten, die dort einen strategischen Stützpunkt bauen, verschaffen sich außerdem

“





wirkmächtiges Prestige in der internationalen Politik durch den Beweis ihrer technologischen und finanziellen Fähigkeiten. Die Kontrolle über den Südpol erlaubt Staaten ferner, ihre Macht in den sogenannten cislunaren Raum zu projizieren und damit diesen zu kontrollieren. Dieser erstreckt sich vom Allbereich der Erde bis hinter die Umlaufbahnen des Mondes. Der Mond soll außerdem als Ausgangspunkt für die weitere Erkundung unseres Sonnensystems – z. B. eine Reise zum Mars – dienen.

Die VR China hat mit der International Lunar Research Station (ILRS) ein ernstzunehmendes und rivalisierendes Projekt auf den Weg gebracht. Dessen vorläufiges Ziel besteht darin, ab 2031 eine Forschungsstation ebenfalls am Südpol des Mondes zu errichten. Russland kooperiert in diesem Projekt mit der VR China, während Indien einen eigenen, unabhängigen Weg abseits des westlichen Artemis-Programms und der ILRS verfolgt.

Gefährliches Wettrüsten im All?

Somit setzen sich die derzeitigen geopolitischen Konfliktlinien auf

”

Der Südpol des Mondes besitzt eine erhebliche strategische Bedeutung für die internationale Politik, die sich aus seiner Geographie, seinen Ressourcen und seinen physikalischen Eigenschaften ergibt, und ist damit das Objekt der Begierde aller staatlichen Weltraumprogramme.

“

der Erde grob im All fort und führen durch den Wettlauf um die Erschließung des Mondes und ein Wettrüsten in den Sternen zu einer astropolitischen Blockbildung. Diese Entwicklung wird z. B. anhand der unerlässlichen Verteidigung der Satelliten veranschaulicht: Kein Staat kann diese heutzutage ungeschützt im Weltall stationiert lassen, da sie kritische Infrastruktur darstellen sowie für das Militär und die Wirtschaft unerlässlich sind. Im Jahr 2023 besaß allein das Marktvolumen des Satellitenbaus in der Privatindustrie 17 Milliarden US-Dollar und wächst stetig. Großangelegte Investitionen in die Raumfahrt zur Gewährleistung autonomen Handelns, von Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit sind demnach eine strategische Notwendigkeit, die sich aus der zunehmenden Bedeutung des Weltalls ergibt. Darüber hinaus will niemand im extraterrestrischen Rennen um die strategische Einflussnahme auf den Mond in Verzug geraten, da der Platz am Südpol beschränkt ist. Diejenige Weltraummacht, die zuerst eine Mondbasis baut, wird also andere Staaten von der Errichtung einer Mondstation abhalten können und für sich allein die strategischen Vorteile des Mondes nutzen können.

Friedliche Koexistenz oder knallharte Machtpolitik?

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob eine friedliche internationale Kooperation zur gemeinsamen Nutzung, Erkundung und Besiedlung des Weltalls möglich ist. Oder wird die derzeitige geopolitische Konfrontation in den unendlichen Weiten unweigerlich in einen militärischen Konflikt zwischen den beteiligten Weltraumnationen im

”

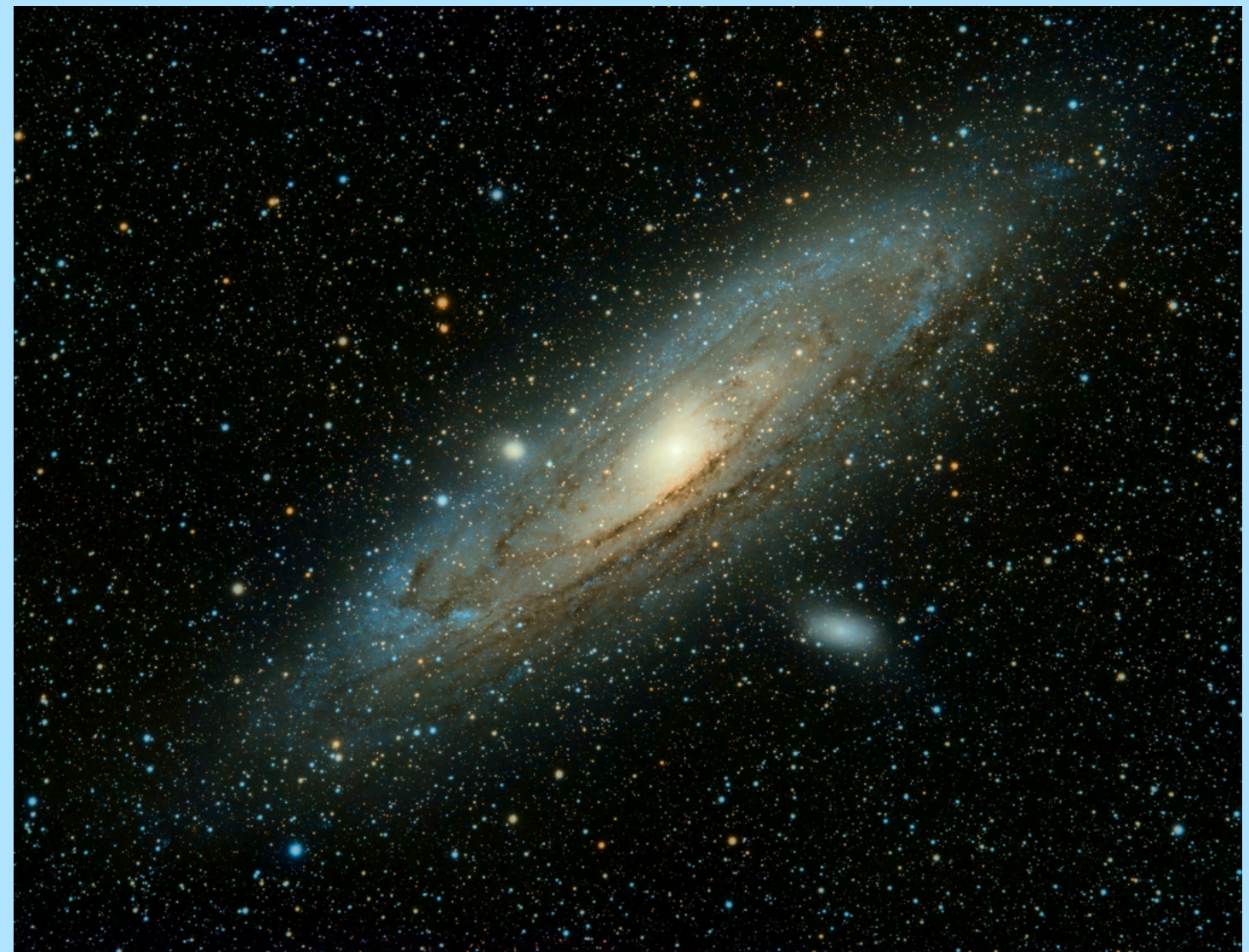
Darüber hinaus will niemand im extraterrestrischen Rennen um die strategische Einflussnahme auf den Mond in Verzug geraten, da der Platz am Südpol beschränkt ist.

“

All münden? Eine erhöhte Gefahr dortiger kriegerischer Auseinandersetzungen besteht zumindest.

Implikationen für die Theorien der internationalen Beziehungen

Abschließend drängt sich unweigerlich die Frage auf, ob nicht das internationale System, das doch konzeptionell hinsichtlich seines bisherigen status quo die Erde als Bezugspunkt aufweist, derzeit eine monumentale und präzedenzlose Ausweitung erlebt: Teilweise an die Erde gebunden, begreift es das Weltall als weiteren Schauplatz. Dort liefern sich die staatlichen Beteiligten eine unerbittliche Rivalität. Diese Feststellung mag zwar banal klingen, trägt aber eine große Bedeutung in sich. Schließlich läuft momentan die Entwicklung des internationalen Systems darauf hinaus, dass die Erdumlaufbahnen und der Mond ein größeres Gewicht innerhalb der internationalen Politik einnehmen. Neben der Erde bieten sie eine weitere Bühne machtpolitischer Konkurrenz und rasanter Rüstungswettläufe.



KULTUR



Buchrezension
Der Preis der Freiheit

Filmrezension
The Apprentice (2024)

DER PREIS DER FREIHEIT

REZENSION ZU „MONIQUE BRICHT AUS“ VON ÉDOUARD LOUIS

NIKLAS SCHWEITZER

„Ich habe mich von deinem Vater befreit und dachte, jetzt wird alles besser, jetzt fängt ein neues Leben an, aber es geht wieder los, es geht wieder von vorne los“.

Es geht wieder los. Monique hat sich aus der Abhängigkeit von ihrem Ehemann befreit und dachte, ein neues Leben breche an. Der Umzug vom nordfranzösischen Dorf nach Paris, die Befreiung von einem gewalttätigen Mann, das Ende der häuslichen Verpflichtungen zur Care-Arbeit für ihre Kinder. Doch sie gibt auch einiges auf und ihre anfänglichen Zweifel werden schnell wahr: Der entfallende Anspruch auf Sozialhilfe und die Aufgabe des Jobs, der für ein wenig finanzielle Unabhängigkeit sorgte, führen sie in die nächste Abhängigkeit von einem Mann. Einem Mann, der sich wieder besäuft, sie wieder beschimpft, erniedrigt und bedroht: „als Schlampe, als Nutte, als dummes Stück Scheiße“.

In seinem nun zweiten Buch über seine Mutter verhandelt Édouard Louis die Frage, was es kostet, sich zu befreien. Und zwar nicht in einem symbolischen Sinn, „kosten“ im wahrsten Sinne des Wortes: Louis beschreibt die materiellen Voraussetzungen der Freiheit; das Geld, das man braucht, um sich aus Abhängigkeitsbeziehungen lösen und ein eigenständiges Leben führen zu können. Wie schon in seinen vorherigen Büchern ist auch dieses ein autosoziobiographisches, indem er die persönlichen Geschichten seiner Familie mit soziologischen Betrachtungen zu Armut, Gewalt und Klassenverhältnissen verknüpft. In seinem Debüt „Das Ende von Eddy“ beschrieb er, wie seine Andersartigkeit als schwuler Mann ihn dazu brachte, aus der von Armut und Gewalt geprägten Arbeiterfamilie auszubrechen, in „Anleitung, ein anderer zu werden“ den unstillbaren Drang zur Veränderung und zum sozialen Aufstieg, die Ablegung jedes einzelnen Aspekts seines früheren Selbsts. „Monique bricht aus“ schließt an das Buch „Die Freiheit einer Frau“ an, in dem er beschreibt, wie

seine Mutter sich von seinem Vater löst – und lässt sich trotzdem unabhängig davon gut leben.

Über tausende Kilometer entfernt in Athen plant er per Videocall mit seiner Mutter den Auszug („die Flucht“) und sucht ihr ein neues Zuhause. Dank moderner Technik verbunden, bestellt er ihr virtuell Essen, sie suchen zusammen Möbel aus und er ihr eine neue Wohnung – letzteres gestaltet sich als schwierig: auf dem Land werden Wohnungen noch per Aushang in der Bäckerei vermittelt, nicht auf immoscout. An solchen Details zeigt sich die unsichtbare Trennlinie zwischen gesellschaftlichen Klassen. Wie all das bezahlen? Seine Mutter hatte ein Leben lang kaum ein eigenes Einkommen, weil sie stets Care-Arbeit verrichten musste, die gesellschaftlich unabdingbar, doch weiterhin unentlohnt



Édouard Louis

und oft genug unerkannt bleibt. Daran scheiterten bereits frühere Versuche, ihren ersten Mann zu verlassen – an der simplen finanziellen Abhängigkeit. „Wie viele Menschen, wie viele Frauen würden ein anderes Leben wählen, wenn man ihnen das entsprechende Geld überwiese?“, fragt Louis.

Schließlich ist Monique zum ersten Mal in ihrem Leben wirklich frei: Zum ersten Mal benutzt sie mit Hilfe ihres Sohnes einen Computer, bestellt sich Hummus und Falafel, besteigt ein Flugzeug und verweist. Sie macht das, was sie will und nicht, was Männer von ihr fordern. Sie darf nichts tun, muss sich um nichts kümmern und um niemanden sorgen; sie, die ihr Leben lang Kinder betreuen, Essen zubereiten, den Haushalt organisieren musste. In einem Leben, abhängig von Männern, die sie erniedrigt haben und umgeben von einer Welt, die ihre Armut und ihre Not ausblenden will, sind es scheinbar unbedeutende Details, an denen Ausgrenzung und Befreiung sichtbar werden.

Dass sie sich jetzt erneut befreien kann (und davor bewahrt wird, zurück in die Abhängigkeit zu fallen), ist nur möglich, weil ihr Sohn Bestseller schrieb. Bestseller, die in zuteil intimen Details schonungslos den Rassismus, die Homophobie und Gewalt seines Herkunftsmilieus offenlegen und den Bruch mit seiner Familie zunächst vertiefen, zu seiner Mutter wie zu seiner Schwester, die die Bücher als Bloßstellung empfanden. Ganz wird man den Eindruck nicht los, dass Louis sich und seine Hilfsaktion so ins Zentrum des Buches stellt, um etwas wieder gut zu machen, Schuldgefühle zu tilgen. Das Buch ist episodenhaft erzählt, immer wieder durchbrochen von Erinnerungen an seine Kindheit, Reflexionen seiner Gefühle und Gedanken: Er, der sie auch nach ihrem Umzug nach Paris ständig ignorierte, die Erinnerungen an ihre Aggressivität in der Kindheit nicht loswurde, ihr erneutes Leid nicht erkannte. Jetzt, wo sie gemeinsam ein neues Leben planen, empfindet er dafür plötzlich Scham – und jetzt wo sie nicht mehr nur Mutter und gelöst von der Gewalt ihrer Männer ist, selbst liebevoll sein kann, echte Zuneigung. Durchaus rührend schildert er den Wandel seiner Mutter und so liest sich das Buch im Gegensatz zu seinen anderen, die von niederschmetternder Gewalt erzählen, als hoffnungsvolle Hommage an eine Frau, die nie den Mut verloren hat, einen Neuanfang zu wagen.

Bei Louis ist alles mit allem verwoben: Die Gewalt der Männer, ausgelöst durch kapitalistische Ausbeutung, die Entfremdung in persönlichen Beziehungen. Manche der Verbindungen wirken etwas holprig und man fragt sich, ob er diese Kausalkette einer „Spirale der Gewalt“

nicht zu weit führt, wenn er beim Anblick des Partners seiner Mutter denkt, dass dieser „vielleicht nur das Produkt (...) verschiedener, miteinander verschränkter Situationen war, auf die er keinen Einfluss hatte, genauso wie meine Mutter aggressiv geworden war, als sie mit meinem Vater zusammenlebte, als seine Gefangene, genauso wie ich infolgedessen ihr gegenüber aggressiv geworden war“. In diesem deterministischen Blick liegt die Gefahr des Verkennens individueller Verantwortung und der Handlungsräume (mögen sie auch noch so klein sein), die Menschen immer haben. Es mag eine Frage des Menschenbildes sein, doch der Mensch ist nie nur das Produkt äußerer Prozesse. Louis pocht zurecht auf Kontext: In einer Zeit des Individualismus, in der wir als Gesellschaft dazu neigen, so zu tun, als würden Dinge einfach im luftleeren Raum passieren, weil Menschen einfach irgendwie böse oder

psychopathisch sind (looking at you, verfehlte Migrationsdebatte), weist er uns daraufhin, dass systemische Veränderungen notwendig sind, wenn wir systemische Gewalt (an Frauen) verändern wollen. Nur so lässt sich echte Gleichberechtigung in einer Gesellschaft erreichen, in der sich jeder in einem umfassenden Sinne frei entfalten kann. Doch man wünscht sich, dass Louis mal die „Bourdieu-Brille“ absetzt, wie Johanna Adórjan in der SZ es treffend bezeichnet, und aufhört, von seinen persönlichen Erfahrungen uneingeschränkt auf das Allgemeine zu schließen: Nicht jeder Mann ist nur aufgrund der Umstände ein „leitender Körper der Gewalt“, nicht jede Frau bleibt nur aus Geldnot in einer gewaltvollen Beziehung. Indem er patriarchale Gewalt ausschließlich auf Klassenverhältnisse reduziert und

innerpsychologische Faktoren ausblendet, macht er die Lektüre seiner Bücher mit der Zeit etwas ermüdend.

Die Leistung des Buches liegt darin, zu zeigen, wie Herkunft und Klassenzugehörigkeit sich in individuellem Verhalten und damit auch in zwischenmenschlichen Beziehungen widerspiegeln: Die Beziehungen seiner Mutter waren Zeit ihres Lebens Beziehungen der Gewalt. Und sich aus der Gewalt befreien heißt für sie und so viele andere Frauen, sich aus Abhängigkeit und Armut befreien. Armut ist damit nicht nur der Mangel an Geld und zugleich ist der Ausweg aus ärmlichen Verhältnissen ohne Geld unmöglich: Der Weg aus der Not führt über finanzielle Freiheit, danach kommt alles andere. Diese Sicht ist wertvoll und gerade die karge, einfach verständliche Sprache von Louis macht deutlich, dass – wie er in Anlehnung an Virginia Woolf feststellt – „Freiheit keine Frage der Symbolik oder Ästhetik ist, sondern der praktischen materiellen Bedingungen“.

”

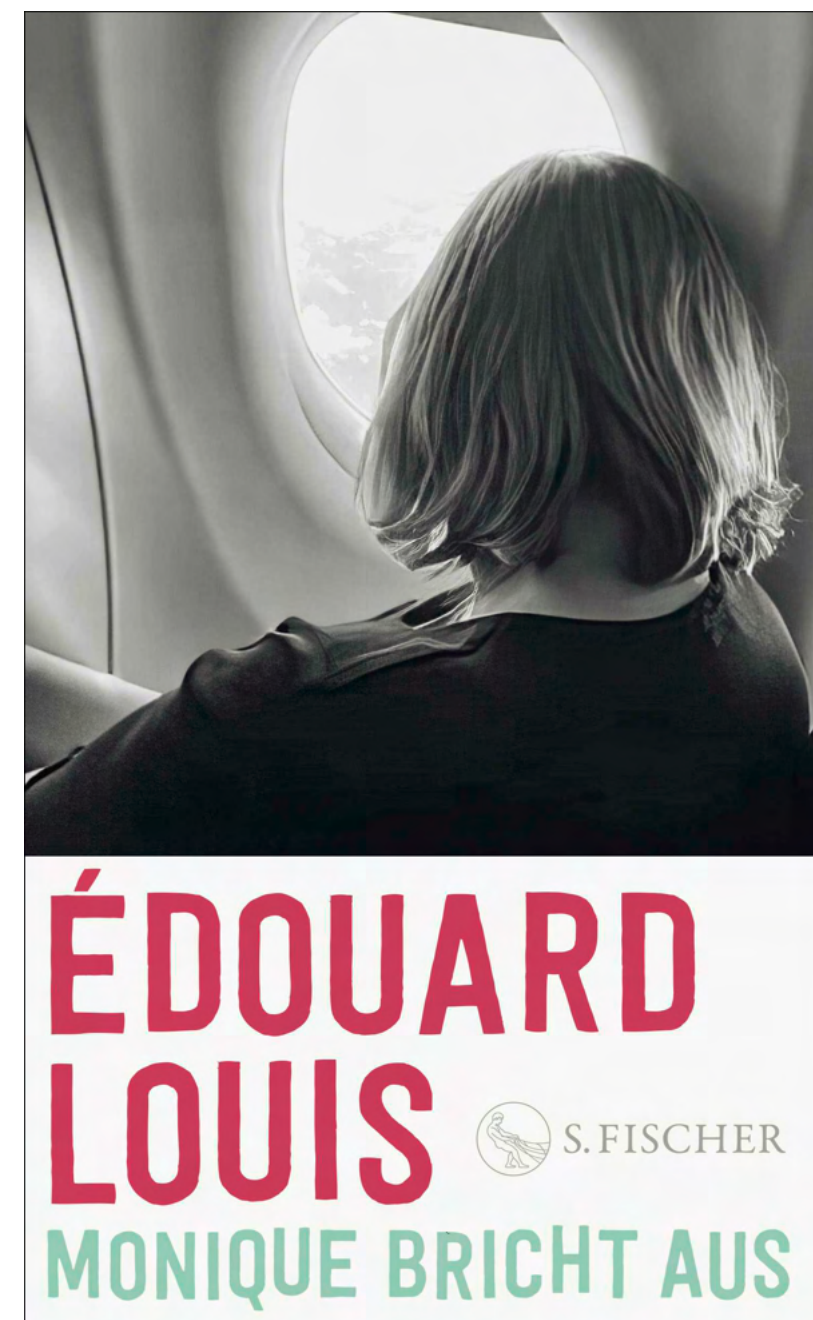
**Wie viele Menschen,
wie viele Frauen
würden ein anderes
Leben wählen, wenn
man ihnen das
entsprechende Geld
überwiese?**

“

”

**Der Weg aus der Not
führt über finanzielle
Freiheit, danach kommt
alles andere.**

“



„Monique bricht aus“ von Édouard Louis, erschienen bei S. Fischer, 160 Seiten, Gebundene Ausgabe: 22 €

REZENSION

„THE APPRENTICE“ (ALI ABBASI, 2024, FSK 12)

MAXIMILIAN KÖHLER

Im bankrotten New York City der 1970er- und 80er-Jahre, vor dem Hintergrund von Kokain, Mafia, AIDS und Korruption, präsentiert uns Ali Abbasis *The Apprentice* (2024). Er gibt uns einen fiktiven Einblick in den unbehaglichen Werdegang des noch jungen Donald Trumps, der unter der Leitung seines Mentors, dem skrupellosen Anwalt Roy Cohn, die „Regeln des Spiels“ erlernt. Das Spiel: gnadenlose Immobiliendeals, die Bestechung von Staatsdienern, der Öffentlichkeit seine eigene Realität aufzwingen. Die Regeln: (1) immer in die Offensive gehen, (2) nichts zugeben, alles leugnen, (3) „no matter how fucked you are, you never admit defeat!“ - Roy Cohns „Rules of Winning“. Wir haben es mit zwei wahrlich unangenehmen Protagonisten zu tun. Sebastian Stans Donald Trump ist zu Anfang des Films noch unsicher, beinahe Underdog-mäßig, im Auftreten vor der New Yorker Elite. Im Laufe der Handlung vollzieht er in Physis, Psyche, sowie in Gestik und Mimik eine fast schon unheimliche Verwandlung zu der dominierenden Persönlichkeit, die wir heute kennen. Jeremy Strong's Roy Cohn, Fixer (im politischen Sinne), Mafia-Anwalt, Patriot, Antikommunist, homosexuell und gleichzeitig homophob, ist mit seinen toten Fischeugen und schleppender Stimme kaum vom Original zu unterscheiden. Zwei verdiente Oscarnominierungen.

Aber warum sollte man sich nun Donald Trump auch noch für 122 Minuten auf der Kinoleinwand ansehen, wo er doch schon für 24 Stunden am Tag die Medien und Weltöffentlichkeit an seinen Fingerspitzen hat? Der Film, pendelnd zwischen Dokumentation und Spielfilm, fokussiert seinen Blick auf die Sozialisierung

”

*I love making deals.
The bigger, the better.*

“

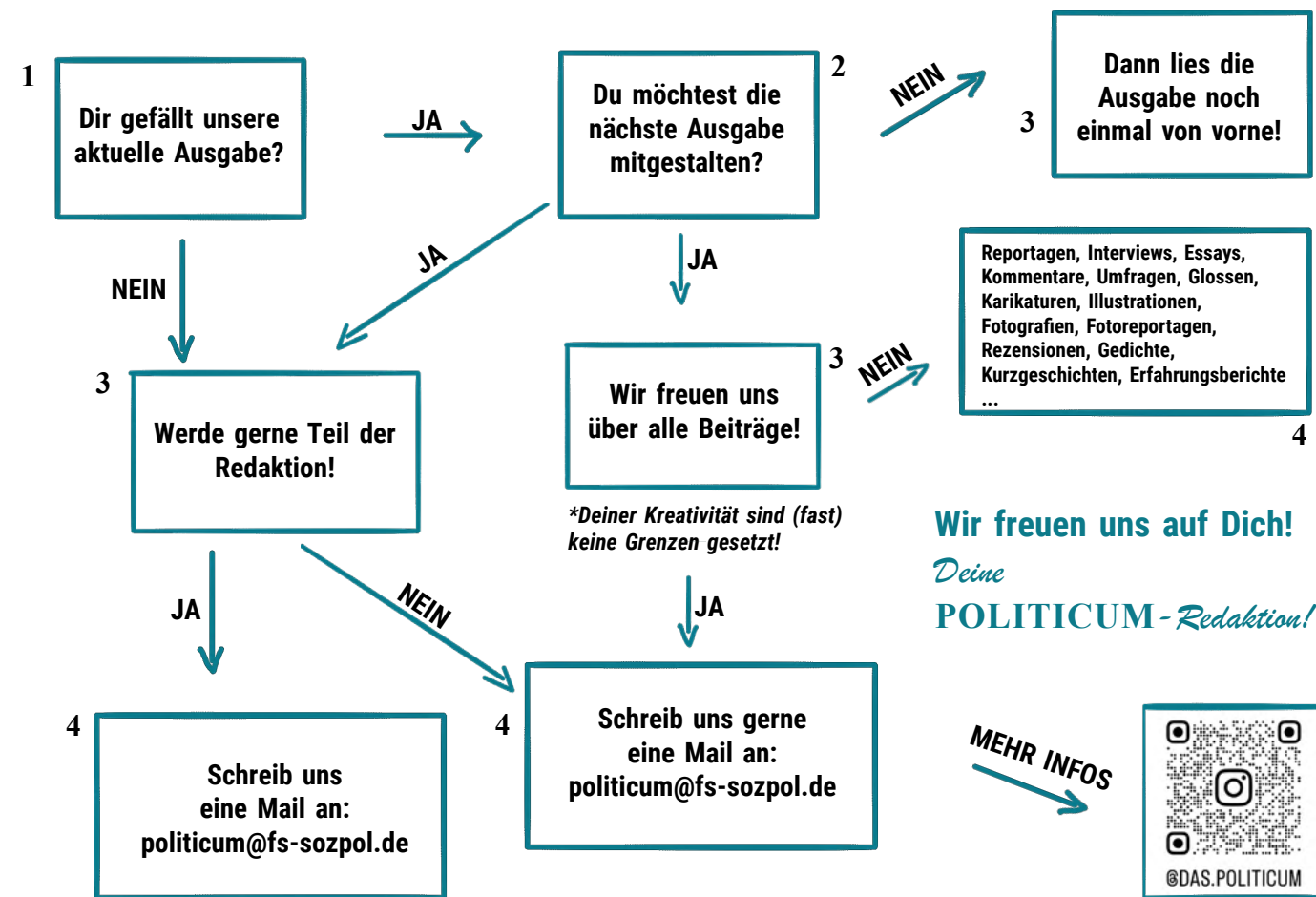
Trump's und das Umfeld, in dem er zu dem wurde, was er heute ist. Das kann helfen, manches zu verstehen. Trump macht Politik so, als ob er sich noch immer in der vom Film porträtierten, halsabschneiderischen Welt der Immobilienbranche der 80er-Jahre befinden würde. Es ist eine Politik des Dealmakings, bei denen rechts-

staatliche Prinzipien oder liberale Werte zweitrangig sind. Sie werden nur ins Feld geführt, wenn sie den eigenen Interessen dienen. Alles ist ein Tauschgeschäft, das Land wird wie ein Unternehmen geführt. Selbst die vom Film nachgezeichnete erste Ehe Trumps mit Ivana Zelníčková trägt von Anfang bis Ende transaktionellen Charakter: Trump übernimmt Restaurantrechnungen, verschenkt Blumen im Wert von mehreren hundert Dollar, und setzt gleichzeitig einen knebelnden Ehevertrag auf, der im Falle einer Scheidung die genaue Höhe der Abfindung regelt. Am Ende steht die völlige Entfremdung von der Partnerin auf Grund eines konsequenten Mangels an menschlicher Verbindung – „I feel like I am married to a business partner;“ so Donald Trump im Film. Persönliche Beziehungen, Businessentscheidung und mittlerweile sogar Weltpolitik als amoralische Transaktion. *The Apprentice* versucht Erklärungsansätze zu liefern, wie ein solches Denken in einer Person heranreifen kann: Dargeboten wird ein schonungsloser, weder verteuflender, noch romantisierender Blick auf Donald Trumps Lehrjahre, bei dem das Publikum den alten und neuen Mann im Oval Office vielleicht nochmal anders kennenlernen kann. Auf wunderschön grobkörnigem, 70er-Jahre imitierenden 16-mm-Film.



Von links nach rechts: Martin Donovan, Maria Bakalova, Ali Abbasi, Sebastian Stan, Jeremy Strong, Tom Ortenberg und Amy Baer

HOW TO... POLITICUM



IMPRESSUM

Herausgegeben von

Fachschaft Politik und Soziologie
Johanna Krautkrämer (v.i.S.d.P.)

Redaktion

Daniel Cautnic, Rebecca Größ-Ahr, Johanna Krautkrämer, Lucie Krauß, Elisa Madelung, Benedikt Mause, Emma Mrowka, Daniel Posner, Karsten Römling, Niklas Schweitzer, Arne Seyffert, Lotta Siemon, Nadine Stover, Luise Tuchmann

Mit Texten von

Jonas Baumann, Rebecca Größ-Ahr, Anna Doyen, Karsten Römling, Lena Zimmermann, Corvin Nagel, Lucie Krauß, Olivia Bodensieck, Elisa Madelung, Raphaela Schmid, Daniel Cautnic, Arne Seyffert, Azar Kasimjanov, Leander Sachs, Niklas Schweitzer, Maximilian Wolfgang

Gestaltung & Layout

Rebecca Größ-Ahr, Johanna Krautkrämer, Daniel Posner, Arne Seyffert, Nadine Stover

Cover

Karsten Römling

Das **POLITICUM** ist die Zeitschrift der Fachschaft für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Es erscheint seit mehr als 30 Jahren, seit dem WS 22/23 wieder regelmäßig einmal pro Semester.

Die in den einzelnen Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht die Ansichten der Redaktion oder die der Fachschaft Politik und Soziologie wider. Die Autor:innen sind für den Inhalt ihrer Beiträge selbst verantwortlich.

Redaktion POLITICUM
Fachschaft Politische Wissenschaft und Soziologie
Am Hofgarten 15
D-53113 Bonn
politicum@fs-sozpol.de
www.fs-sozpol.de

Erschienen: Mai 2025

ISSN 2943-7709

Fotovermerk & Grafiken, Illustrationen

Anordnung im Layout: l. = links, r. = rechts, o. = oben, m. = Mitte, u. = unten

Cover Karsten Römling

Grußwort vom Vorsitz S. 1 Fachschaft für Soziologie und Politik der Universität Bonn

Die Ballade der Starken Hand S. 4f. Pixabay: BRRT

Digitales Dämmerland S. 6 l. o. Canva: Alina Kolyuka; S. 6 l. u. Canva: Anna Orlova; S. 6 r. u. Canva: Darya Hrybouskaya; S. 7 l. o. Canva: Anna Orlova; S. 7 l. m. Canva: Anna Orlova; S. 7 r. m. Canva: BooBoo Studio; S. 8 Anna Orlova; S. 9 l. Canva: Lana Veter; S. 9 r. Canva: annomaria.art an.

Aus die Maus?! S. 10 o. Anna Doyen; S. 10 l. u. Wikimedia: Bodoklecks (CC BY-SA 3.0); S. 11 Anna Doyen

Denken in Welten S. 12 Wikimedia: Pantheon Books @; S. 13 Johanna Krautkrämer; S. 14 Unsplash: Ozgu Ozden; S. 15 l. u. Unsplash: Niels Baars; S. 15 l. o. Johanna Krautkrämer; S. 15 r. o. Unsplash: Ivan Aleksic; S. 15 r. u. Unsplash: Ravi Tripathi

Politik um jeden Preis? S. 16f. Emma Mrowka

Viraler Klassenkampf und ein Schock für das System? S. 19 Pixabay: OpenClipart-Vectors; S. 21 Wikimedia: Chad Davis (CC BY 2.0)

Aufbruch der Institute S. 23 Johanna Krautkrämer

Burschenschaften und ihre Verbindungen in das rechte Milieu S. 24 l. u. Olivia Bodensieck; S. 24 r. u. Unsplash: Tim Russmann; S. 25 Unsplash: Jon Tyson; S. 26 Unsplash: Leon Seibert; S. 27 Tom Wiegels

Respekt fürs Wir S. 28f. Pixabay: yse02030

Bürgerräte und Volksabstimmungen S. 30 Pixabay: felipeblasco; S. 31 Wikimedia: Fotodienst Nord (CC BY-SA 3.0); S. 32 Pexels: David Peterson; S. 33. Flickr: Mehr Demokratie e.V. (CC BY-SA 2.0)

Und wir mittendrin S. 34 - 37 Ursula Kaufmann; S. 37 r. u. Johanna Krautkrämer

Karriere in der Diplomatie S. 38 l. u. Wikimedia: CamilG (CC BY 2.0) S. 39 - 41 Laurențiu Pistol

Darum solltet ihr nicht aufhören mit euren Familien über Politik zu sprechen S. 43 Lotta Siemon

Die Ambivalenz zwischen Faszination und Überforderung S. 44 - 47 Rebecca Größ-Ahr

Wer bin ich- und auf welcher Seite? S. 49 Pixabay: viarami; S. 50 Pixabay: Clker-Free-Vector-Images

Satelliten, Raketen und der Wettlauf zum Mond S. 52 Nadine Stover; S. 53 Unplash: NASA; S. 54 Pixabay: susan-lu4esm; S. 55 Unsplash: Guillermo Ferla

Kultur Collage S. 56 Lotta Siemon

Der Preis der Freiheit S. 57 Cristian Werner; S. 59 S. Fischer

Rezension: The Apprentice S. 61 l. o. Stefano Zocca ; r. o. Wikimedia: Derzsi Elekes Andor (CC BY-SA 4.0); r. m. Wikimedia: qwesq wesq (CC BY 3.0); u. Wikimedia: Jay Dixit (CC BY-SA 4.0)

How to Politicum S. 62 Redaktion Politicum



VERBUNDENHEIT & SPALTUNG



Mit Beiträgen von

Jonas Baumann
Rebecca Größ-Ahr
Anna Doyen
Karsten Römling
Lena Zimmermann
Corvin Nagel
Lucie Krauß
Olivia Bodensieck
Elisa Madelung
Raphaela Schmid
Daniel Cautnic
Arne Seyffert
Azar Kasimjanov
Leander Sachs

Niklas Schweitzer
Maximilian Wolfgang

Unsere Themen

Rechte Chatrooms
Rundfunkreform
Orientalismus
United Healthcare
Institutsspaltung
Burschenschaften
Direkte Demokratie
Theater
Diplomatie
Familie
Identität
Weltraumpolitik

